

Hanna Krapf, Diana Wehlau

**Klimawandel, Preisentwicklung und Konsum –
Konsumenten zwischen steigendem Umweltbewusstsein
und sinkenden ökonomischen Handlungsspielräumen**

**artec-paper Nr. 161
Mai 2009**

ISSN 1613-4907



artec | Forschungszentrum Nachhaltigkeit
Enrique-Schmidt-Str. 7
Postfach 330 440
28334 Bremen
<http://www.artec.uni-bremen.de>

Forschungszentrum Nachhaltigkeit (artec)

Universität Bremen
Seminar- und Forschungsverfügungsgebäude (SFG)
Enrique-Schmidt-Str. 7
Postfach 33 04 40

28334 Bremen

Telefon: +49-421-218-61800
Telefax: +49-421-218-9861800

www.artec.uni-bremen.de

Ansprechpartnerin: Andrea Meier Tel: +49-421-218-61800
e-Mail: andrea.meier@artec.uni-bremen.de

Das Forschungszentrum Nachhaltigkeit ist eine Zentrale Wissenschaftliche Einrichtung der Universität Bremen. Es wurde 1989 zunächst als Forschungszentrum **Arbeit und Technik** (artec) gegründet. Seit Mitte der 90er Jahre werden Umweltprobleme und Umweltnormen in die artec-Forschung integriert. Das Forschungszentrum bündelt heute ein multi-disziplinäres Spektrum von – vorwiegend sozialwissenschaftlichen – Kompetenzen auf dem Gebiet der Nachhaltigkeitsforschung. „artec“ wird nach wie vor als ein Teil der Institutsbezeichnung beibehalten.

Das Forschungszentrum Nachhaltigkeit gibt in seiner Schriftenreihe „artec-paper“ in loser Folge Aufsätze und Vorträge von MitarbeiterInnen sowie ausgewählte Arbeitspapiere und Berichte von durchgeführten Forschungsprojekten heraus (www.artec.uni-bremen.de/paper/paper.php).

Inhalt

1.	EINLEITUNG	3
2.	UMWELTBEWUSSTSEIN UND UMWELTVERHALTEN IM KONTEXT VOM KLIMAWANDEL..	3
2.1	<i>Umweltbewusstsein und Umweltverhalten in der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung</i>	4
2.2	<i>Empirische Hinweise auf Veränderungen der Umwelteinstellungen und des Umweltverhaltens im Kontext vom Klimawandel</i>	6
2.2.1	Wahrnehmung und Bewertung des Klimawandels und Einstellungen zum Klimaschutz.....	7
2.2.2	Klimawandelinduzierte Veränderungen der Verhaltensbereitschaft.....	9
2.2.3	Klimawandelbezogene Veränderungen des Umweltverhaltens.....	10
Exkurs:	Umweltbewusstsein und Geschlecht.....	10
2.3	<i>Zwischenfazit</i>	11
3.	VERTEUERUNG VON ENERGIE, MOBILITÄT UND ERNÄHRUNG	11
3.1	<i>Preisentwicklung im Bereich Energie</i>	12
3.2	<i>Preisentwicklung im Bereich Mobilität</i>	13
3.3	<i>Preisentwicklung im Bereich Ernährung</i>	14
Exkurs:	<i>Soziale Bedeutung der Verteuerung</i>	15
3.4	<i>Zwischenfazit</i>	18
4.	KONSUMAUSGABEN PRIVATER HAUSHALTE	19
4.1	<i>Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt</i>	20
4.2	<i>Ausgabenstruktur nach Haushaltstypen und Einkommensklassen</i>	21
4.3	<i>Zwischenfazit</i>	25
5.	KLIMAWANDELBEZOGENE VERÄNDERUNGEN DES KONSUMS?	25
	LITERATURVERZEICHNIS	27

1. Einleitung

In den letzten Jahren hat sich die öffentliche, wissenschaftliche wie auch politische Debatte über den Klimawandel und über die Folgen der globalen Erwärmung deutlich intensiviert: Von Seiten der Bundesregierung wird im Hinblick auf den Klimawandel an die individuelle Verantwortung der Konsumentinnen und Konsumenten appelliert, Ratgeber zur Umstellung des privaten Konsums in Richtung Nachhaltigkeit erklimmen die Bestsellerlisten und online-Klimarechner zur Erstellung persönlicher CO₂-Bilanzen haben Hochkonjunktur (siehe z.B. Bundesregierung 2008; Busse 2008; Griebhammer 2008; Staud/Reimer 2007; Umweltbundesamt 2009a). In der Ökonomie werden entsprechende Veränderungen auf der Nachfrageseite als eine Tendenz zur „Moralisierung der Märkte“ diskutiert (Stehr 2007). Und in der Tat legen Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung sowie der Marktforschung nahe, dass der Klimawandel bzw. die Klimarelevanz von Produkten und Dienstleistungen für die Konsumententscheidungen privater Haushalte an Bedeutung gewinnt (z.B. BLE 2008b; BMU 2006, 2008; GfK 2007) und dass auf Seiten der Verbraucherinnen und Verbraucher eine gesteigerte Bereitschaft besteht, regionale und klimagünstigere Angebote stärker nachzufragen (BLE 2008a, 2009; Umweltbundesamt 2009b). Bislang ist allerdings unklar, ob sich diese gesteigerte Bereitschaft auch tatsächlich in Verhaltensänderungen manifestiert und inwiefern dies die Ziele eines nachhaltigen Konsums (anders *und* weniger konsumieren) befördert. Zugleich sind die privaten Konsumentinnen und Konsumenten indirekt vom Klimawandel betroffen, da dieser langfristig zu einer Verteuerung von Energie und energieintensiven Produkten und Dienstleistungen führt (siehe z.B. Kemfert 2007). Auch hier ist noch weitgehend offen, wie sich die Veränderungen im Preisgefüge auf die Nachfrage auswirken und welche Veränderungen in den Konsummustern wie auch im Konsumniveau zu erwarten sind.

Vor diesem Hintergrund stehen im Zentrum dieses artec-papers klimawandelbezogene Veränderungen der Nachfrage und des Konsumverhaltens. Hierzu werden zunächst die Entwicklung der Umwelteinstellungen einerseits (Kap. 2) und die Preisentwicklung andererseits (Kap. 3) thematisiert. Hieran schließt ein Überblick über die Entwicklung der privaten Konsumausgaben an (Kap. 4). Auf dieser Basis wird der Forschungsbedarf zu den Wechselwirkungen dieser klimabezogenen Entwicklungen expliziert und Ausblick auf ein Projekt gegeben, das sich im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Verbundprojektes „NordWest 2050“ mit diesen Fragen beschäftigt (Kap. 5). Das Erkenntnisinteresse richtet sich auf die Wahrnehmung und die Anpassungsstrategien privater Konsumentinnen und Konsumenten im Kontext von Klimawandel und Preisveränderungen. Die Ausführungen dienen als Ausgangspunkt für die Bestimmung der Folgen, die sich aus den Veränderungen auf der Nachfrageseite für die regionalen Angebotsstrukturen allgemein wie auch speziell für nachhaltige Produktalternativen und Dienstleistungen ergeben. Die Ausführungen fokussieren insbesondere auf die Konsumbereiche Energie, Mobilität und Ernährung.

2. Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Kontext vom Klimawandel

Die Debatte um den Klimawandel hat in den zurück liegenden Jahren einen erheblichen Wandel vollzogen. Ging es ursprünglich um die Frage, ob eine globale Erwärmung überhaupt existiert und ob dem anthropogene Ursachen zugrunde liegen, wird der Beitrag des Menschen mittlerweile als Hauptursache für die globale Erwärmung begriffen. In diese Richtung be-

stärkt wurde die Debatte in den letzten Jahren vor allem durch den Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) aus dem Jahr 2007 (IPCC 2007).

Im Kontext dieser Entwicklungen weisen die Ergebnisse unterschiedlicher Studien aus der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung und der Marktforschung darauf hin, dass das in Deutschland seit Ende der 1980er Jahre sukzessiv nachgelassene Interesse an Umweltthemen seit einigen Jahren wieder ansteigt und dass damit auch Veränderungen der Einstellungen gegenüber Umweltthemen sowie eine größere Bereitschaft zur Änderung des Konsumverhaltens einhergehen.

Die Auseinandersetzung mit der Frage, inwieweit bestimmte Einstellungen gegenüber der Umwelt eine Auswirkung auf das Verhalten im Alltag haben, hat ihre Ursprünge in der sozialwissenschaftlichen Umweltbewusstseinsforschung, die sich seit über 30 Jahren mit Fragen zum Umweltbewusstsein beschäftigt. In den folgenden Kapiteln wird es deshalb zunächst darum gehen, einen zusammenfassenden Überblick über den Stand der Forschung zum Umweltbewusstsein zu geben (Kap. 2.1). Daran schließt sich eine Darstellung der Ergebnisse aktueller Studien an, die Hinweise auf klimawandelbezogene Veränderungen in den Einstellungen und dem Konsumverhalten deutscher Konsumentinnen und Konsumenten geben (Kap. 2.2). Das Zwischenfazit fasst die zentralen Erkenntnisse zusammen (Kap. 2.3).

2.1 Umweltbewusstsein und Umweltverhalten in der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung

Die wissenschaftliche Debatte um den Begriff Umweltbewusstsein begann Anfang der 1970er Jahre in den USA. Zu dieser Zeit versuchten vor allem Psychologen mit Hilfe von Erkenntnissen aus der Einstellungsforschung Instrumente zur Erfassung des Umweltbewusstseins zu erstellen (Kuckartz/Rheingans-Heintze 1997: 5). Im Laufe der Zeit widmeten sich weitere Forschungsdisziplinen der Thematik, der Begriff Umweltbewusstsein erfuhr eine fortschreitende Ausdifferenzierung. Heute stellt er – wenn auch nicht ohne Kritik hinsichtlich seiner Aussagekraft und Erhebungsmethodik – einen festen Bestandteil in der Sozialberichterstattung unterschiedlicher Länder dar.

In Deutschland definierte der Sachverständigenrat für Umweltfragen den Begriff Umweltbewusstsein 1978 als „Einsicht in die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen durch diesen selbst, verbunden mit der Bereitschaft zur Abhilfe“ (Rat von Sachverständigen für Umweltfragen 1978: 445). Dieser Definition wird in der Literatur zwar nach wie vor Gültigkeit zugesprochen, allerdings unter Vorbehalt und mit Hinweisen auf Unvollständigkeiten oder Unklarheiten innerhalb der Definition (Bogun 2000: 8ff.).

Die Mehrzahl der sozialwissenschaftlichen Umweltbewusstseinsstudien versteht Umweltbewusstsein heute – zumindest in seinem Kern – als eine Einstellung bzw. „als ein aus Einstellungen bestehendes Syndrom“ (ebd.: 6). Eine Einstellung umfasst in der Regel eine kognitive (Denken, Wahrnehmen), eine affektive (Emotionen) sowie eine konative (Verhaltensbereitschaft) Komponente.¹ Welche Komponenten oder Dimensionen allerdings im Einzelnen tatsächlich als Bestandteil des Umweltbewusstseins angesehen oder ausgeschlossen werden, ist

¹ Einer der Kritikpunkte an der Definition des Sachverständigenrats ist beispielsweise das Fehlen einer affektiven Komponente, während die kognitive (Einsicht in die Gefährdung) und die konative (Bereitschaft zur Abhilfe) darin enthalten sind (Preisendörfer 1998: 33).

je nach Definition sehr unterschiedlich und nicht selten sogar widersprüchlich.² Gemeinsam ist den unterschiedlichen Definitionen jedoch, dass sie Umweltbewusstsein meist als ein mehrdimensionales Konstrukt verstehen, indem sowohl Anteile von Umweltwissen, umweltbezogenen Wertorientierungen, affektiven Bewertungen und umweltbezogenen Verhaltensbereitschaften zusammengefasst werden (Hunecke 2008: 99; vgl. auch Neugebauer 2004: 3). Darüber hinaus finden sich auch Definitionen in denen das tatsächliche Verhalten als eine weitere Komponente des Umweltbewusstseins verstanden wird.³

In Deutschland konzentrierte sich die Forschung vor allem in den 1980er Jahren sehr stark auf die kognitive Struktur des Umweltbewusstseins. Damit war die Hoffnung verbunden, dass mit einer Vergrößerung des Wissens über Ursachen von Umweltzerstörungen und dem Beitrag jeder einzelnen Person dazu das Umweltbewusstsein als Ganzes gestärkt und dass dies wiederum zu einem gezielt umweltfreundlicheren Alltags- und Konsumverhalten führen würde (Lange 2000: 20). Zu diesem Zweck wurden u. a. in den Medien Informationen verbreitet und die Umweltbildung an den Schulen wurde verstärkt. Allerdings stellte sich heraus, dass die Annahme einer linearen Beziehung zwischen Wissen, Bewusstsein und Verhalten, bei der das Bewusstsein als treibende Kraft und das Handeln eins zu eins als dessen Folge betrachtet wurde, nicht mit der Realität kompatibel ist. Die geringe Korrelation zwischen Bewusstsein und Verhalten im Alltagshandeln der Bürgerinnen und Bürger führte sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch in der Wissenschaft bald zu der Formel von der „Kluft zwischen Bewusstsein und Verhalten“. Um diese Diskrepanz besser zu verstehen, sah sich die Umweltbewusstseinsforschung zu einer fortschreitenden Differenzierung ihres Gegenstandes veranlasst, mit dem Ziel, die handlungsleitenden Funktionen besser zu verstehen (ebd.). Der Fokus des Interesses verlagerte sich somit von der Untersuchung des Umweltbewusstseins auf die Untersuchung des Umweltverhaltens und der Faktoren, durch die es beeinflusst wird.

Dabei stellte sich heraus, dass umweltrelevantes Handeln äußerst vielschichtig und heterogen ist und durch weit mehr als das Umweltbewusstsein und das Wissen um Umweltprobleme beeinflusst wird. So ist das Alltagshandeln einer Person durch vielfältige *individuelle Faktoren* geprägt. Dies können Gewohnheiten oder stark habitualisierte und nur schwer zu durchbrechende Alltagsroutinen, sozioökonomische und demographische Faktoren (wie Einkommen, Bildung, Geschlecht oder Alter), Stress oder die individuellen (und sich möglicherweise entgegenstehenden) Einstellungen in unterschiedlichsten Bereichen sein. Auch die Kenntnisse und Fähigkeiten einer Person (z. B. ob sie Radfahren kann) oder Persönlichkeitsfaktoren (z. B. das Verantwortungsgefühl) wirken sich auf das Alltagsverhalten aus (Neugebauer 2004: 25). Neben den individuellen Faktoren prägen auch *interpersonale und soziale Faktoren* das Verhalten. Individuen orientieren sich stark an den Werten und Normen ihrer jeweiligen Bezugsgruppe. Nicht selten hat hier ressourcenverbrauchendes Verhalten (schnelles Autofahren, aufwändige Verpackungen etc.) einen hohen sozialen Prestigewert und bedeutet soziale Anerkennung. Umweltschonendes Verhalten ist dagegen häufig negativ besetzt und wird mit Ver-

² Das betrifft auch das Verständnis, was unter „Einstellung“ verstanden wird, beispielsweise ob sie die drei genannten Komponenten (kognitive, affektive, konative) umfasst oder ob sie „enger“ definiert wird, z. B. als rein affektive Bewertung.

³ Kuckartz (2008: 2) beispielsweise definiert Umweltbewusstsein als zusammengesetzt aus den Komponenten Umweltwissen, Umwelteinstellungen (unter Einstellungen werden hier vor allem affektive Bewertungen, Werthaltungen sowie Einstellungen zu Fragen des Umweltschutzes verstanden), Verhaltensbereitschaft sowie tatsächliches Verhalten.

zucht oder Sparen assoziiert (ebd.: 26). Auch *externe Umstände* wie Handlungsanreize oder die Verfügbarkeit von Handlungsmöglichkeiten im Alltag wirken sich auf das Handeln einer Person aus. Fehlt beispielsweise eine bestimmte Infrastruktur (z. B. ÖPNV) oder das Angebot an umweltfreundlichen Produkten, sind die Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt. Weiterhin können *Kosten-Nutzen-Motive* maßgebend sein. Der Low-Cost-These von Diekmann/Preisendörfer (2001) zufolge verhalten sich Menschen nur so lange entsprechend ihres Umweltbewusstseins, wie damit geringe Kosten verbunden sind. Wird eine subjektiv gefühlte Kosten-Nutzen-Grenze überschritten (Verlust von Zeit, Geld, Komfort, Erlebnis-Optionen etc.), verliert das Umweltbewusstsein an Bedeutung (Stengel 2009). Auch die *soziale Distanz zwischen Verursachern und Betroffenen* (z. B. bei globalen Auswirkungen des eigenen Handelns) oder das so genannte *Allmende-Dilemma* – Nutzen der Umwelt wird individualisiert, Kosten sozialisiert – wirken sich auf das Umweltverhalten aus (Diekmann/Preisendörfer 2001; ausführlicher siehe Neugebauer 2004).

Die Entscheidung für oder gegen ein bestimmtes Handeln wird demnach in einem komplexen Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren getroffen. Darüber hinaus verhalten sich Menschen oder Gruppen im Rahmen ihrer jeweils verschiedenen Lebensumstände und Zielsetzungen nicht homogen. Das individuelle Verhalten kann sich zudem stark unterscheiden, je nachdem welche umweltrelevanten Handlungs- und Problemfelder (Mobilität, Ernährung, Energienutzung etc.) konkret betrachtet werden. Eine Person kann beispielsweise viel Wert auf den Kauf regionaler Produkte legen und gleichzeitig nicht bereit sein auf ein Auto zu verzichten. „Halbe Sachen“ und Kompromisse sind aufgrund der gegebenen Handlungsumstände oftmals eine Voraussetzung zur „Erlangung und Bewahrung persönlicher Handlungsfähigkeit“ (Lange 2005: 30).

Festhalten lässt sich, dass es weder *das* Umweltbewusstsein noch *das* Umweltverhalten gibt. Empirische Erhebungen zum Umweltbewusstsein orientieren sich deshalb meist an den unterschiedlichen Komponenten oder Facetten von Umweltbewusstsein und -verhalten (z. B. Wissen zu bestimmten Umweltthemen, Einstellungen zu bestimmten Umweltschutzfragen, emotionale Betroffenheit, Bereitschaft für umweltfreundliches Verhalten in unterschiedlichen Problembereichen wie Mülltrennung oder Verkehrsverhalten, tatsächliches Verhalten in unterschiedlichen Problembereichen etc.). Die jeweiligen Forschungsdesigns und -methodiken unterscheiden sich dabei stark. Quantitativ orientierte und standardisierte Erhebungen haben das Ziel, durch ihre hohe Anzahl an Interviewpartnern repräsentative Aussagen machen zu können. Qualitativ ausgerichtete Untersuchungsmethodiken gehen dagegen eher „verstehend“ vor und versuchen die Integration von Umwelteinstellungen und Umweltverhalten in den Alltag nachzuvollziehen.

2.2 Empirische Hinweise auf Veränderungen der Umwelteinstellungen und des Umweltverhaltens im Kontext vom Klimawandel

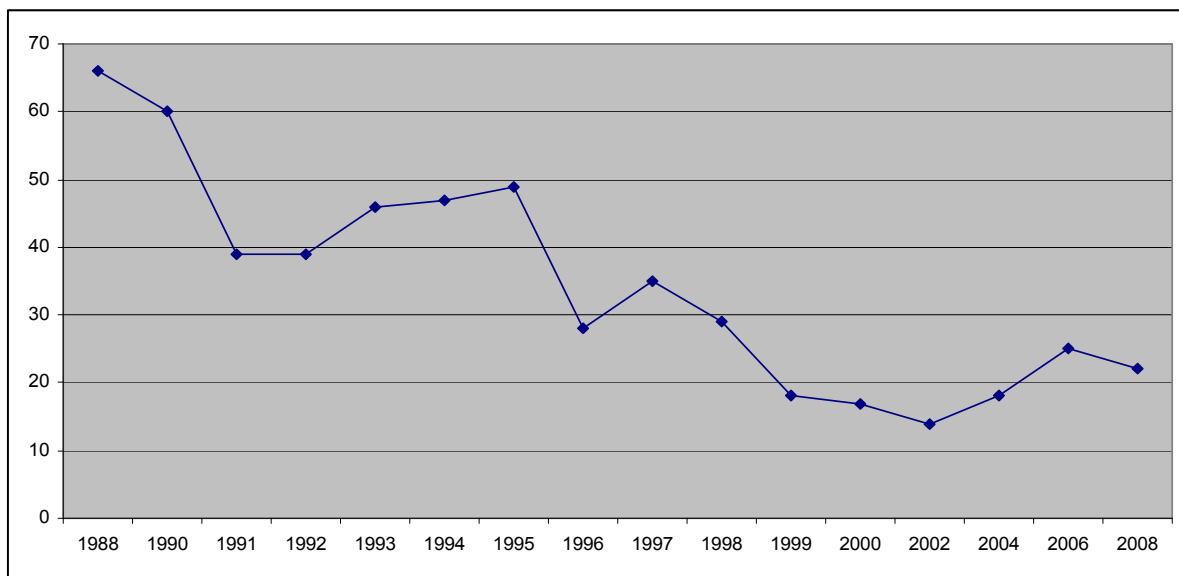
In den folgenden Kapiteln wird ein Überblick über die Ergebnisse aktueller Studien aus der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung und der Marktforschung gegeben, die anhand von quantitativen Methoden die Einstellungen gegenüber Umwelt- und speziell Klimawandelproblemen und das umwelt- bzw. klimawirksame Verhalten der deutschen Bevölkerung untersuchen. Dies geschieht vor dem Hintergrund der eingangs aufgeworfenen Frage nach Hinweisen auf klimawandelbezogene Veränderungen auf der Einstellungs- und Verhaltensebene.

2.2.1 Wahrnehmung und Bewertung des Klimawandels und Einstellungen zum Klimaschutz

Umweltschutzfragen wird in Deutschland sowie auch in anderen westlichen Industrieländern eine hohe Wichtigkeit zugesprochen; die „ökologische Grundsensibilisierung“ gilt als relativ hoch (Diekmann/Preisendörfer 2001: 96).

Betrachtet man allerdings die Ergebnisse der vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) in Auftrag gegebenen Studie „Umweltbewusstsein in Deutschland“, die regelmäßig die Einstellungen zum Umweltschutz innerhalb der deutschen Bevölkerung untersucht, wird deutlich, dass die Bedeutungszuweisung des Problembereichs „Umweltschutz“ in den Jahren 1988 bis 2008 im Trend rückläufig war (Abbildung 1). Verstärkt durch die Ereignisse im Kernkraftwerk Tschernobyl 1986 stieg die Priorität des Umweltschutzes in Westdeutschland bis Ende der 1980er Jahre an und zeichnete sich seit Beginn der 1990er Jahre – mit Ausnahmen Mitte und Ende der 90er Jahre – durch einen deutlichen Rückgang aus.⁴

Abbildung 1: Nennung von „Umweltschutz“ als eines der wichtigsten Probleme in Deutschland, 1988 bis 2008 (in Prozent)



Anm.: Antwort auf die Frage: „Was, glauben Sie, ist das wichtigste Problem, dem sich unser Land heute gegenüber sieht?“ (Offene Frage, Zweifachnennungen möglich); Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage von BMU (2004, 2006, 2008).

Seit dem Jahr 2002 lässt sich dann ein erneuter Anstieg der Bedeutungszuweisung des Umweltschutz-Themas erkennen (BMU 2008). Im Jahr 2008 nennen 22% der Befragten bei der offen gestellten Frage nach dem aktuell wichtigsten Problem in Deutschland, Themen aus dem Umweltschutzbereich. Damit liegt das Thema Umweltschutz – nach den Themen Arbeitsmarkt, soziale Aspekte und Wirtschafts- und Finanzpolitik – auf Platz vier der wichtig-

⁴ Als Gründe für diesen Rückgang nennen Diekmann/Preisendörfer (2001) zum einen die ökonomische Krise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit (heute in allen Umfragen mit Abstand an der Spitze der Problemnennungen, 1989/90 allerdings nach dem Umweltschutz) sowie Fortschritte und Verbesserungen in unterschiedlichen Bereichen des Umweltschutzes, die mit einem Gefühl der „Entwarnung“ einhergingen.

ten Probleme in Deutschland (ebd.: 13).⁵ Auch wenn der Anteil der Personen, die Umweltschutz als das wichtigste Problem in Deutschland beurteilen im Jahr 2008 im Vergleich zum Jahr 2006 wieder etwas abgenommen hat, ist das Problemfeld Umweltschutz insgesamt jedoch ein „stabiles Thema“ geblieben (ebd.).

Vor diesem Hintergrund sind die Gründe für den jüngsten Anstieg des Umweltschutzthemas interessant. Dass die Debatte um den Klimawandel diesen Effekt maßgeblich verursacht liegt nahe, denn bei genauerer Betrachtung der konkret genannten Probleme unter der Kategorie „Umweltschutz“ fällt auf, dass es sich hierbei vor allem um Themen aus den Bereichen Energie und Klimaschutz handelt. Dazu gehören beispielsweise die Unabhängigkeit von Öl und Gas durch erneuerbare Energien, sparsamerer Umgang mit Energievorräten, Verringerung von klimaschädlichen Emissionen oder Entwicklung sparsamerer Antriebe (BMU 2006: 14).

Auch eine Umfrage der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2008 über die Meinung der Europäerinnen und Europäer zum Klimawandel kommt zu dem Ergebnis, dass der Klimawandel im Bewusstsein der Deutschen angekommen ist. Demnach betrachten neun von zehn Deutschen den Klimawandel als ein „sehr ernstes“ oder „ziemlich ernstes“ Problem (Europäische Kommission 2008a: 13).⁶ Die Abbildung 2 verdeutlicht, dass im Jahr 2008 mehr als 70% der Deutschen die globale Erwärmung bzw. den Klimawandel als das größte Problem der Welt einstufen (ebd.: 8). Das sind 12% mehr als noch im Jahr 2004 (European Commission 2005: 11). Mit dieser Einschätzung liegen die Deutschen im europäischen Vergleich auf Platz drei.

Sorgen und Ängste scheinen bei Fragen zur globalen Erwärmung eine große Rolle zu spielen. Rund 70% der Deutschen sehen im Klimawandel das besorgniserregendste Umweltthema (Europäische Kommission 2008b: 11). Und die Aussage, dass bei einer Fortführung der gewohnten Situation eine Umweltkatastrophe angesteuert wird, finden 76% der deutschen Bevölkerung „ganz genau“ bzw. „eher“ zutreffend (BMU 2008: 15). Dass die Folgen des Klimawandels nicht mehr bewältigt werden können, glaubt knapp die Hälfte (ebd.: 28).⁷

Um dem Klimawandel entgegenzuwirken wünscht sich die Mehrheit der Deutschen insgesamt ein größeres umweltpolitisches Engagement der Bundesregierung, zumal die bisherigen Aktivitäten zur Bekämpfung des Klimawandels von der Hälfte der Befragten als unzureichend beurteilt werden (BMU 2008: 28; Europäische Kommission 2008a: 45ff.). Als wichtigste umweltpolitische Aufgaben beurteilen die Deutschen die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien sowie die Verbesserung der Energieeffizienz. Die Hälfte der Deutschen ist der Meinung, dass Deutschland eine Vorreiterrolle in der internationalen Klimaschutzpolitik übernehmen sollte (BMU 2008: 27). Gemeinsames europäisches Handeln beim Klimaschutz wird von fast 90% der deutschen Bevölkerung als erforderlich angesehen (Europäische Kommission 2007: 32). Besonderer Handlungsbedarf wird darüber hinaus bei der Industrie gesehen:

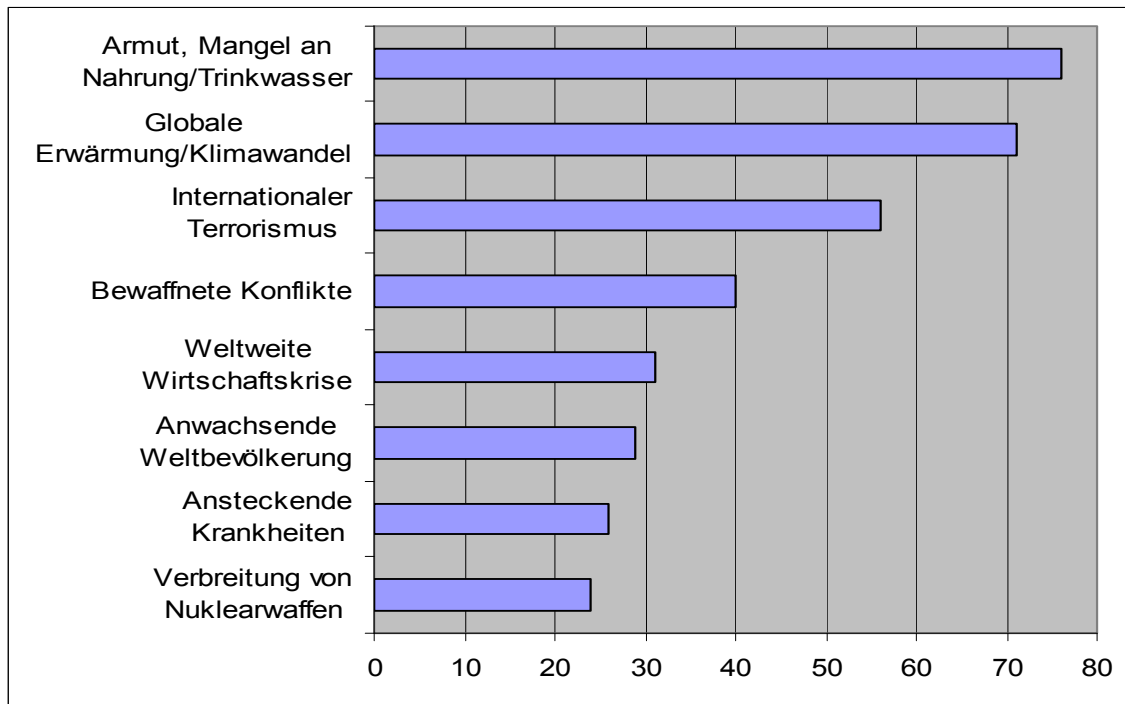
⁵ Wird die Wichtigkeit des Umweltschutzes in Form einer geschlossenen Frage erhoben, geben 91% der Deutschen an, dass Umweltschutz für sie „sehr wichtig“ bzw. „wichtig“ sei (BMU 2008: 13).

⁶ Von den Befragten fühlen sich zwei Drittel über die unterschiedlichen Ursachen und Wirkungen des Klimawandels gut informiert (BMU 2008: 19f.).

⁷ Im Vergleich zu der Umfrage aus dem Jahr 2006 ist dies allerdings ein Rückgang. Damals glaubten knapp zwei Drittel, dass die Folgen des Klimawandels nicht bewältigt werden könnten. Laut BMU könnte die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung in den letzten Jahren das Ergebnis positiv beeinflusst haben (BMU 2008: 17).

83% der Deutschen sagen, dass die Unternehmen zu wenig zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen (BMU 2008: 28).

Abbildung 2: „Größtes Problem der Welt“ – Nennungen von Deutschen, 2008 (in Prozent der Befragten)



Anm.: Antwort auf die Frage: „Welche der folgenden sind Ihrer Meinung nach die größten Probleme der Welt? Nennen Sie mir bitte zunächst das größte Problem. Und welche weiteren?“; Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Europäische Kommission (2008a).

2.2.2 Klimawandelinduzierte Veränderungen der Verhaltensbereitschaft

Die Befragten stufen aber nicht nur die Akteure aus Politik und Wirtschaft als für den Klimaschutz verantwortlich ein, sondern sehen auch sich selbst gefordert, einen Beitrag zu leisten: Fast 70% der Deutschen sind der Ansicht, dass es die Pflicht der Bürgerin bzw. des Bürgers sei, die Umwelt zu schützen und 84% glauben, dass sie durch ihr Konsumverhalten wesentlich zum Umweltschutz beitragen können (BMU 2008: 39; Europäische Kommission 2008a: 76). Der überwiegende Teil der Deutschen ist der Ansicht, dass die Bürgerinnen und Bürger durch ein umweltbewusstes Alltagsverhalten insgesamt auch erheblich zum Klimaschutz beitragen können (BMU 2008: 32).

Die Mehrheit (56%) sieht hier allerdings noch Handlungsbedarf, denn sie glaubt, dass die Bürgerinnen und Bürger bisher nicht so viel tun wie nötig, um den Klimawandel zu bekämpfen (ebd.: 28). Mögliche Handlungsfelder, in denen mehr zum Schutz des Klimas getan werden könnte, werden z. B. im Kaufverhalten oder im Umgang mit Energie gesehen.

Laut einer Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) über den Einfluss des Klimawandels auf den Konsum betrachtet sich die Mehrheit der deutschen Konsumenten nicht nur als mitverantwortlich für den Klimaschutz, sondern möchte auch aktiv mit eigenen Maßnahmen dem Klimawandel entgegenwirken (GfK 2007). Umgesetzt werden soll dies vor allem durch energiesparende Maßnahmen im Haushalt, z. B. durch die Anschaffung von Haus-

haltsgeräten mit niedrigem Stromverbrauch, den Ersatz konventioneller Glühbirnen durch Energiesparglühbirnen oder den Verzicht auf Stand-by-Betrieb bei Elektrogeräten (ebd.: 2). Weitere Möglichkeiten für ein klimaverträglicheres Verhalten werden in den Bereichen Mobilität, Heizen, Wärmedämmung oder Reduzierung des Fleischverbrauchs gesehen (ebd.: 3).

Auch eine Umfrage von Dialego (2007) stieß auf eine positive Handlungsbereitschaft der Konsumentinnen und Konsumenten. Einen Beitrag zum Klimaschutz möchten die Deutschen laut den Umfrage-Ergebnissen vor allem im Bereich Effizienzsteigerung, z.B. durch den Bau von Passivhäusern, die Anschaffung von Autos mit geringem Benzinverbrauch oder die Nutzung von Energiesparlampen leisten. Auch das Absenken der Raumtemperatur im Winter, die Reduzierung der Auto- und Flugzeugnutzung oder der Verzicht auf Obst und Gemüse aus entfernten Ländern sind für 60% der Befragten sinnvolle Tätigkeiten um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Laut einer Eurobarometer-Umfrage der Europäischen Kommission sind mehr als drei Viertel der Befragten bereit, umweltfreundliche Produkte zu kaufen, auch wenn diese teurer als konventionelle Produkte sind (Europäische Kommission 2008b: 30).

2.2.3 Klimawandelbezogene Veränderungen des Umweltverhaltens

Die aktuellen Erhebungen zu klimawandelbezogenen Umwelteinstellungen und dem Umweltverhalten deuten auf eine relativ geringe Korrelation zwischen der Bereitschaft für klimaschonendes Verhalten und dem tatsächlichen Verhalten hin: Generell gilt zwar, dass die Zustimmung für den Umwelt- und Klimaschutz auf einem allgemeinen Level recht hoch ist, jedoch abnimmt, je mehr der potentielle eigene Beitrag konkretisiert wird. Deutlich wird diese Beobachtung beispielsweise beim Energieverbrauch. Nahezu neun von zehn Deutschen befürworten einen konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energien (BMU 2008: 30). Allerdings geben in derselben Umfrage nur 3% der Deutschen an Ökostrom zu beziehen und nur 10% können sich vorstellen, dies in naher Zukunft zu tun (ebd.: 34).

Auch im Bereich Mobilität lässt sich Ähnliches beobachten. Obwohl sich die deutschen Konsumentinnen und Konsumenten verantwortlich fühlen und wegen des Klimawandels beunruhigt sind, nimmt die Bedeutung des Autos als wichtigstes Verkehrsmittel zu und Einschränkungen werden nur ungern in Kauf genommen (GfK 2007). Ähnliches lässt sich auch im Bereich Ernährung beobachten: Während über drei Viertel der Deutschen bereit sind umweltfreundliche Produkte zu kaufen, setzt dies nur knapp ein Fünftel in die Tat um (Europäische Kommission 2008b: 30).

Exkurs: Umweltbewusstsein und Geschlecht

Hinsichtlich der klimawandelbezogenen Einstellungen und Verhaltensweisen sind geschlechtsspezifische (sowie auch andere sozioökonomische und demographische⁸) Unterschiede zu beobachten: Im Allgemeinen fühlen sich Frauen insgesamt stärker emotional von Umweltproblemen berührt und geben häufiger an, beunruhigt zu sein. Mehr Frauen als Männer denken beispielsweise, dass bei einem „Weitermachen wie bisher“ eine Umweltkatastrophe angesteuert wird und der Gedanke, unter welchen Umweltverhältnissen die Kinder und Enkelkinder leben müssen, beunruhigt Frauen stärker als Männer (BMU 2006: 19). Auch das Gefühl, durch Umweltprobleme persönlich belastet zu sein, ist bei Frauen stärker ausgeprägt.

⁸ Siehe z. B. die BMU-Studie aus dem Jahr 2008, bei der die Auswertung nach den sozialen Milieus der Befragten differenziert wurde (BMU 2008).

Gleichzeitig weist auch die Bereitschaft für umweltverträgliches Verhalten – zumindest in einem Großteil der Handlungsfelder – geschlechtsspezifische Unterschiede auf. Frauen sind eher bereit für Bio-Produkte mehr Geld zu bezahlen (Trendbüro 2007). Auch die Reduktion von klimaschädlichen Gasen durch häufigen Verzicht auf das Auto oder den Verzehr von Fleischprodukten trifft bei Frauen auf deutlich größere Zustimmung (GfK 2007: 2f.).

Die größere Bereitschaft von Frauen einen persönlichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, scheint sich auch im tatsächlichen Alltagshandeln widerzuspiegeln. Denn ein Großteil der Aktivitäten, die in unterschiedlichen Erhebungen als repräsentative Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel abgefragt werden, wird vorrangig von Frauen umgesetzt. Dazu gehört z.B. die Mülltrennung, die Reduzierung des Energie- und Wasserverbrauchs, die Reduzierung von Wegwerfprodukten, die Nutzung umweltfreundlicher Fortbewegungsmittel oder der Kauf regionaler und saisonaler Produkte (Europäische Kommission 2008a: 70).

2.3 Zwischenfazit

Festhalten lässt sich an dieser Stelle, dass die aktuellen Erhebungen darauf hindeuten, dass sich im Kontext vom Klimawandel die Einstellungen der deutschen Bevölkerung gegenüber Umwelt- und Klimaschutzfragen verändern. Der Klimawandel wird als Problem wahrgenommen, dies führt zu Verunsicherungen und dementsprechend wird ein großer Handlungsbedarf gesehen. Auch die Bereitschaft der Konsumentinnen und Konsumenten, sich persönlich für den Klimaschutz einzusetzen, ist relativ stark ausgeprägt. Die Veränderungen im tatsächlichen klimawirksamen Verhalten fallen dagegen deutlich geringer aus. Hier gilt es allerdings zu berücksichtigen, dass die Ergebnisse der aktuellen Studien möglicherweise zu wenig Aussagekraft besitzen. Denn die Veränderungen auf der Einstellungsebene könnten durchaus erst mit einer gewissen Verzögerung in aktives Verhalten umgesetzt werden. Insgesamt wird deutlich, dass die zu erwartenden Auswirkungen der Intensivierung der Klimawandeldebatte auf das Alltagsverhalten von Konsumentinnen und Konsumenten vorerst noch unklar bleiben, vor allem wenn man neben den Umwelteinstellungen auch die Vielzahl an weiteren Variablen berücksichtigt, durch die das umwelt- bzw. klimawirksame Handeln darüber hinaus beeinflusst wird (Kap. 2.1). Einen maßgeblichen Einflussfaktor stellen die finanziellen Ressourcen dar, die den Konsumentinnen und Konsumenten jeweils zur Verfügung stehen.

3. Verteuerung von Energie, Mobilität und Ernährung

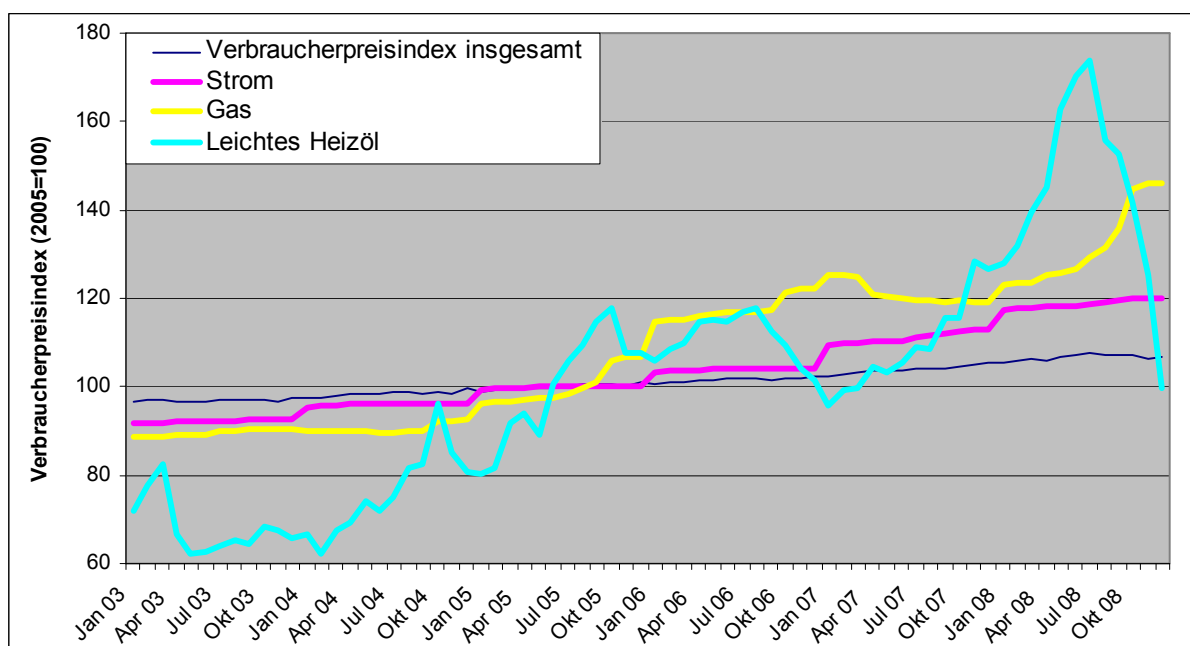
Im zweiten Kapitel standen klimawandelbezogene Veränderungen in den Umwelteinstellungen und dem Umweltverhalten im Vordergrund. Die dargelegten Ergebnisse legen nahe, dass die andauernde Klimadebatte zu einer stärkeren Sensibilität der Bevölkerung hinsichtlich klimawandelbedingter Problemlagen geführt hat (BMU 2006, 2008), allerdings ist unklar, inwiefern dies Auswirkungen auf das individuelle Konsumverhalten hat. Neben der Intensivierung der Klimadebatte trifft der Klimawandel die Konsumentinnen und Konsumenten zudem indirekt, da dieser langfristig zu einer Verteuerung von Waren und Dienstleistungen führt. Aus dem jüngsten Anstieg der Preise resultieren wiederum Veränderungen der ökonomischen Bedingungen der Privathaushalte, die sich unmittelbar auf das Nachfrageverhalten und die Konsummuster der privaten Haushalte auswirken können. Vor diesem Hintergrund liegt der Fokus der folgenden Ausführungen zum einen auf der Darstellung der Preisentwicklung in den drei Konsumbereichen Energie, Mobilität und Ernährung und den daraus resultierenden veränder-

ten ökonomischen Bedingungen von Privathaushalten (Kap. 3.1-3.4). Anschließend werden zum anderen das Niveau und die Struktur der privaten Konsumausgaben speziell im Hinblick auf unterschiedliche Haushaltstypen und Einkommensklassen analysiert (Kap. 4).

3.1 Preisentwicklung im Bereich Energie

Die Darstellung der Entwicklung der Preise⁹ im Bereich Energie bezieht sich im Folgenden auf die Preise von Haushaltsenergie, d.h. Strom, Gas und leichtes Heizöl.¹⁰ Abbildung 3 gibt die Entwicklung der Preise für Haushaltsenergie für die Jahre 2003-2008 wider. Auffällig ist, dass die Preise für Haushaltsenergie im Zeitraum 2005 bis 2008 sehr viel stärker angestiegen sind, als die Verbraucherpreise insgesamt: Während das allgemeine Preisniveau zwischen Januar 2003 und Dezember 2008 um insgesamt 10,4% angestiegen ist, hat der Strompreis im gleichen Zeitraum in fünf Stufen einen Anstieg um insgesamt 28,1% erfahren. Der Gaspreis wiederum war bis zum Herbst 2004 vergleichsweise stabil, stieg dann aber deutlich an und erreichte im Januar 2007 einen vorläufigen Höchstwert, der 36,6% höher lag als im Januar 2003. Im Verlauf des Jahres 2007 pendelte sich der Gaspreis aber wieder auf das Niveau vom Herbst 2006 ein und war bis zum Ende des Jahres relativ konstant.

Abbildung 3: Preisentwicklung Haushaltsenergie, 2003-2008



Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis der Angaben des Statistischen Bundesamtes (2009).

Seit Januar 2008 steigt der Gaspreis jedoch wieder kontinuierlich an, wobei der Preisanstieg zwischen Juli und Oktober 2008, als er innerhalb von vier Monaten um ein Fünftel angestiegen ist, besonders drastisch war (siehe Abb. 3). Im Dezember 2008 lag der Gaspreis dann

⁹ Im Folgenden werden die Begriffe „Preise“ und „Verbraucherpreise“ synonym verwandt und geben den Preis an, der dem Verbraucher berechnet wird.

¹⁰ Sofern keine andere Quelle angegeben ist, stammen die nachfolgenden Angaben aus der Online Datenbank des Statistischen Bundesamtes (Statistisches Bundesamt Deutschland 2009). Der Verbrauch von Fernwärme und festen Brennstoffen findet im Folgenden keine Berücksichtigung, da die Mehrheit der Privathaushalte in Deutschland mit Erdgas (48%), Heizöl (30%) oder Strom (6%) heizt (bdew 2008).

57,5% über dem Wert zu Beginn des Jahres 2003. Der Preisanstieg hatte sich gegen Ende des Jahres zwar verlangsamt, allerdings bedeutet dies nicht zwangsläufig eine Kehrtwende bei der Gaspreisentwicklung.

Wenngleich die Entwicklung des Preises für leichtes Heizöl von starken Fluktuationen gekennzeichnet ist, verlief die Entwicklung im Trend deutlich positiv: Zwischen Januar 2003 und August 2006 ist der Preis für Heizöl auf einen vorläufigen Höchstwert angestiegen, ging danach aber zunächst leicht wieder zurück. Zwischen Januar 2007 und Juli 2008 stieg der Preis erneut um insgesamt 78% und erreichte damit den Höchstwert der betrachteten Periode. Infolge der Finanzkrise brach der Ölpreis allerdings deutlich ein und lag im Dezember 2008 0,4% unter dem durchschnittlichen Preisniveau für Heizöl des Jahres 2005, aber dennoch 27,5% über dem Wert von Januar 2003. Anders als in den Bereichen Strom und Gas scheint der steile Preisanstieg von Anfang 2007 bis Mitte 2008 allerdings gebrochen zu sein.

Zusammengenommen sind die Preise für Haushaltsenergie im betrachteten Zeitraum weitaus stärker angestiegen als das Preisniveau insgesamt: Zwischen Januar 2003 und Dezember 2008 war der höchste Preisanstieg beim Gas zu verzeichnen (+58%), etwas moderater fielen die Preissteigerungen für leichtes Heizöl (+28%) und Strom (+28%) aus. Auch der Blick auf die Entwicklung der Durchschnittswerte zeigt, dass insgesamt von einer massiven Preiserhöhung im Bereich der Haushaltsenergie gesprochen werden kann, da das durchschnittliche Preisniveau im Jahr 2008 im Vergleich zum durchschnittlichen Preisniveau im Jahr 2003 für leichtes Heizöl um +76%, für Gas um +42% und für Strom um +27% angestiegen ist.

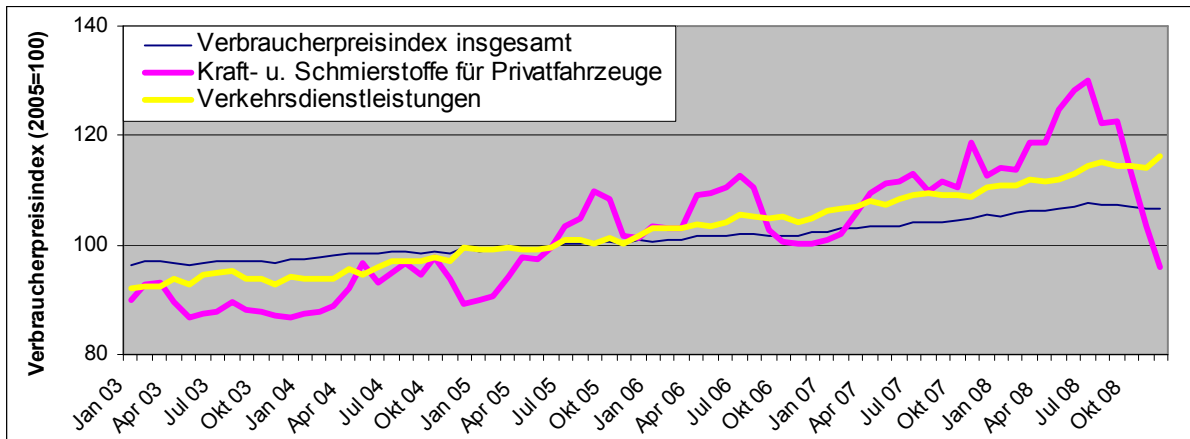
3.2 Preisentwicklung im Bereich Mobilität

Die Darstellung der Entwicklung der Preise im Bereich Mobilität bezieht sich im Folgenden auf die Preise von Kraft- und Schmierstoffen für den Betrieb von Privatfahrzeugen¹¹ sowie auf Verkehrsdienstleistungen.¹² Da die Preise für Kraft- und Schmierstoffe eng an die Entwicklung der Ölpreise gekoppelt sind, haben sie sich in der Tendenz ähnlich entwickelt wie die Preise für Heizöl. Allerdings ist die Intensität der Fluktuation hier weniger stark ausgeprägt. Zwischen Januar 2003 und Dezember 2008 wurden mehrfach Höchstwerte erreicht, die sich im Nachhinein jeweils als vorläufig herausstellten, da sie binnen einiger Monate jeweils übertroffen wurden (Abbildung 4). Nachdem der Preis im Dezember 2007 auf 112,5% – dem Höchstwert des vorangegangenen Jahres 2006 – zurückgefallen war, stieg er bis Juli 2008 in jedem Monat – mit Ausnahme des Februars – innerhalb von sieben Monaten um 17,5% an und erreichte mit 130% des durchschnittlichen Preisniveaus von 2005 einen neuen Höchststand, der 43,3% über dem Tiefstwert der betrachteten Periode lag (Mai 2003). In den Folge Monaten fiel der Preis jedoch – infolge der weltweiten Finanzkrise – drastisch und ging bis zum Jahresende um mehr als ein Viertel zurück. Trotz des starken Rückgangs lag der Preis für Kraft- und Schmierstoffe für Privatfahrzeuge im Dezember 2008 6% über dem Wert zu Beginn des Jahres 2003. Auch der Jahresdurchschnitt 2008 lag im Vergleich zum Jahr 2003 mit +28% deutlich über der Entwicklung des Preisniveaus insgesamt.

¹¹ Ohne Anschaffungskosten, Ersatzteile und Zubehör für Privatfahrzeuge, ohne Wartung und Reparaturen für Privatfahrzeuge und ohne andere Dienstleistungen für Privatfahrzeuge.

¹² Hierzu zählen die Personenbeförderung im Schienen-, Straßen-, Luft-, See- und Binnenschiffverkehr, kombinierte Personenbeförderungsdienstleistungen und andere Ausgaben für Verkehrsdienstleistungen.

Abbildung 4: Preisentwicklung Haushaltsmobilität, 2003-2008



Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis der Angaben des Statistischen Bundesamtes (2009).

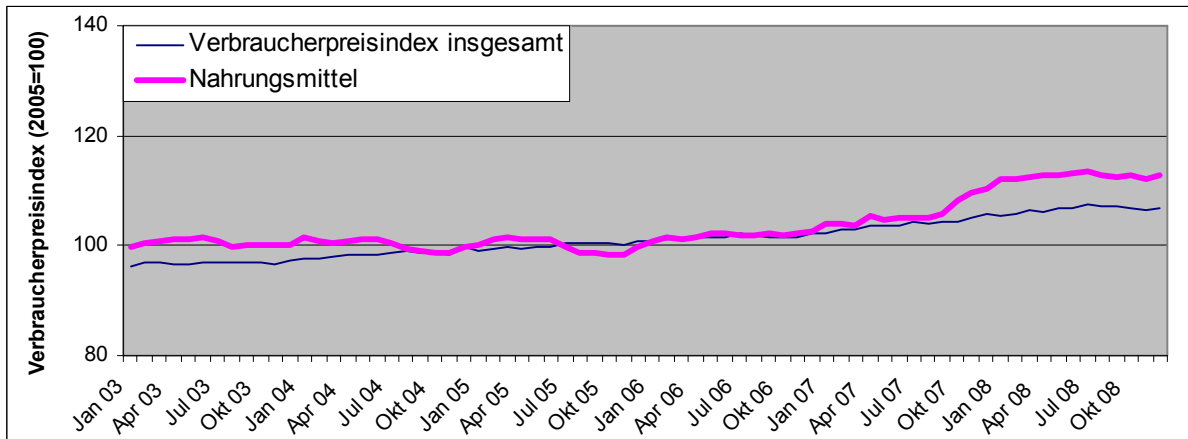
Im Gegensatz dazu ist die Preisentwicklung der Verkehrsdienstleistungen vergleichsweise kontinuierlich verlaufen: Das Preisniveau ist zwischen Januar 2003 und Dezember 2008 um 24% angestiegen, wengleich die Entwicklung im Herbst 2008 zunächst etwas rückläufig war. Im Gegensatz zum Preisniveau für Kraft- und Schmierstoffe, das im Dezember 2008 deutlich unterhalb des allgemeinen Preisniveaus lag, ist das Preisniveau für Verkehrsleistungen bis Dezember 2008 mehr als doppelt so stark angestiegen wie der Verbraucherpreisindex¹³ insgesamt. Besonders stark waren – im Vergleich zum Durchschnittswert des Jahres 2005 – die Preise für Personenbeförderung im Luftverkehr (+22%) und im Schienenverkehr (+17%) angestiegen. Im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2003 lag das durchschnittliche Preisniveau der Verkehrsdienstleistungen im Jahr 2008 bei +20%. Insgesamt lag das Preisniveau im Bereich der Mobilität somit deutlich höher als fünf Jahre zuvor.

3.3 Preisentwicklung im Bereich Ernährung

Die Darstellung der Entwicklung der Preise im Bereich Ernährung bezieht sich im Folgenden auf die Preise von Nahrungsmitteln (ohne alkoholfreie und alkoholische Getränke und Tabakwaren). Die Preise für Nahrungsmittel und der Verbraucherpreisindex näherten sich in den Jahren 2003 bis 2005 aneinander an und im Jahr 2006 verlief deren Entwicklung zunächst ähnlich (siehe Abbildung 5). Seit Januar 2007 lag das Preisniveau für Nahrungsmittel allerdings in jedem Monat deutlich über dem Verbraucherpreisindex insgesamt. Auffällig ist, dass die Preise für Nahrungsmittel insbesondere in den Herbst- und Wintermonaten 2007 deutlich stärker angestiegen sind als das Preisniveau insgesamt. Seit Frühling 2008 sind die Nahrungsmittelpreise auf diesem neuen, höheren Niveau vergleichsweise stabil. Im Dezember 2008 lag das Preisniveau für Nahrungsmittel 13% höher als im Januar 2003, wobei die Preise für Nahrungsmittel seit 2005 doppelt so stark angestiegen sind wie das Preisniveau insgesamt.

¹³ Die Berechnung des Verbraucherpreisindex erfolgt anhand des Statistischen Warenkorbes und des Wägungsschemas als gewichteter Mittelwert: Der Statistische Warenkorb (SW) legt fest, welche Güter und Dienstleistungen in die Berechnung einfließen. Anhand des Wägungsschemas wird das Gewicht der Güter und Dienstleistungen bestimmt, mit dem die Preisentwicklung einzelner Preisrepräsentanten in die Berechnung des Gesamtindexes eingeht. Zur Ermittlung des Indexes wird zunächst für jede im SW vertretene Güterart die Preisentwicklung berechnet. Anschließend wird mithilfe des Wägungsschemas quantifiziert, welchen Anteil z.B. die Nahrungsmittel an den gesamten Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte haben. Der Verbraucherpreisindex ist dann ein entsprechend gewichteter Mittelwert.

Abbildung 5: Preisentwicklung Nahrungsmittel, 2003-2008



Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis der Angaben des Statistischen Bundesamtes (2009).

Der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln ist zwar deutlich geringer ausgefallen als die Preisentwicklung im Bereich Energie; nichtsdestotrotz lag das Preisniveau für Nahrungsmittel zum Jahresende 2008 deutlich höher als die Preisentwicklung insgesamt. Besonders drastisch ist der Preisanstieg, wenn man den Durchschnittswert des Jahres 2005 mit dem Preisniveau im Dezember 2008 vergleicht, bei Gemüse (+19,8%), Speisefetten und -ölen (+17,7%) sowie bei Molkereiprodukten und Eiern (+14,9%). Dabei waren die Preise in diesen drei Produktgruppen im Verlauf des Jahres 2008 noch höher, sie sind zum Jahresende aber wieder leicht gesunken.

Exkurs: Soziale Bedeutung der Verteuerung

In Deutschland ist das Ausmaß an Niedrigeinkommen in den letzten Jahren genauso wie die Verbreitung von Armut auf eines der höchsten Niveaus der letzten beiden Jahrzehnte angestiegen (Statistisches Bundesamt et al. 2008: 165ff.): Der Niedrigeinkommensbereich – gemessen an der medianbasierten Schwelle von 75% des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens – ist auf insgesamt 36,4% angestiegen, d.h. mehr als ein Drittel der deutschen Bevölkerung erzielt Einkommen, das weniger als 75% des Medianeinkommens in Deutschland beträgt. Die Armutsquote – gemäß der OECD-Konvention als 60%-Schwelle deklariert – hat mit 13,9% der gesamtdeutschen Bevölkerung einen neuen Höchstwert erreicht. Dabei ist die Betroffenheit von Armut je nach Haushaltsgröße und -typ unterschiedlich stark ausgeprägt, beispielsweise ist die Armutsquote von Ein-Personen-Haushalten im Jahr 2006 mehr als doppelt so hoch als jene von Zwei-Personen-Haushalten (19,9% versus 9,2%) und Haushalte mit Kindern sind sehr viel stärker von Armut betroffen als Haushalte ohne Kinder: Während die Armutsquote von Paarhaushalten ohne Kind bei 7,2% liegt, ist sie bei Paarhaushalten mit minderjährigen Kindern mit 13,3% fast doppelt so hoch und jeder dritte Einelternhaushalt in Deutschland lebt in Armut (35,4%).¹⁴ Insgesamt hat sich die Einkommensungleichheit in

¹⁴ Zudem hat die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die Einführung strikter Regelungen bei der Gewährung von Arbeitslosengeld, falls „zumutbare“ Arbeitsplätze abgelehnt werden, in den letzten Jahren zu einem Anstieg der Working Poor – Personen, die trotz Erwerbstätigkeit arm sind – geführt: In Deutschland lag die Armutsquote von Vollzeit-Erwerbstätigen im Jahr 2006 bei 4,6% und die Armutsquote von Teilzeit-Erwerbstätigen bei 13,3% (im Jahr 2001: 4,0% bzw. 11,4%). Zugleich ist die Armutsquote von Arbeitslosen auf 57% (2001: 39,9%) angestiegen, d.h.

Deutschland in diesem Zeitraum deutlich erhöht: Während die Reallöhne (preisbereinigte Einkommen) der Niedrigverdiener zwischen 2000 und 2006 um durchschnittlich 13% sanken, sind die Reallöhne des oberen Viertels der Beschäftigten um gut 2% und die Gewinne sowie Vermögenseinkommen im gleichen Zeitraum real um über 32% angestiegen (Spangenberg 2008). Seit dem Jahr 2000 ging der Einkommensanteil des ärmsten Einkommensfünftels – jene 20% am unteren Ende der Einkommensskala – stetig zurück und lag im Jahr 2006 bei 9,3%. Demgegenüber stieg der Einkommensanteil, über den das oberste Einkommensquintil verfügt, seit Beginn der 2000er Jahre auf 36,8% an. Auch der Gini-Koeffizient ist im Jahr 2006 auf einem Höchstniveau der vergangenen Jahrzehnte angelangt und legt somit nahe, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet hat (Statistisches Bundesamt et al. 2008: 164f.).¹⁵ Vor diesem Hintergrund bedeuten die skizzierten Preisentwicklungen eine beträchtliche Verschlechterung der Lebensbedingungen insbesondere der geringverdienenden und armen Menschen, deren ökonomischen Ressourcen ohnehin sehr begrenzt sind. Gleichzeitig sind die Bezieherinnen und Bezieher von hohem Einkommen aufgrund des geringeren Ausgabenanteils zur Befriedigung von Grundbedürfnissen weniger stark von den Preissteigerungen betroffen; zudem verbleibt durch die vergleichsweise hohe Sparquote dieser Haushalte ökonomischer Handlungsspielraum, der trotz Preissteigerungen potentiell die Beibehaltung sowohl des Konsumniveaus als auch der Konsumstruktur erlaubt. Die hohen Preissteigerungen verstärken daher die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland und treffen die ökonomisch besonders vulnerablen gesellschaftlichen Gruppen.¹⁶

Da geringverdienende Haushalte eine sehr hohe Konsumquote¹⁷ aufweisen und zudem den Großteil des (geringen) Einkommens für die Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Wohnen und Essen ausgeben (siehe Kap. 4), sind diese Haushalte in besonderem Maße von der Teuerung betroffen.¹⁸ Auf Seiten der Privathaushalte, deren ökonomischer Spielraum auf-

bei mehr als jedem zweiten Arbeitslosen reichen die Leistungen aus Arbeitslosengeld I oder II nicht aus, um Armut zu vermeiden. Für weitere Differenzierungen im Hinblick auf die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen (nach Geschlecht, Alter, Nationalität, Region, Gemeindegrößenklasse und Mieter-Status) und nach Bildungs- und Beschäftigungsmerkmalen (Familienstand, Bildungsabschluss, Erwerbsstatus, Berufliche Stellung) vgl. Statistisches Bundesamt et al. (2008: Kap. 6.2). Für einen Vergleich mit anderen Ländern der Europäischen Union siehe Karrass et al. (2008); Wehlau (2006).

¹⁵ Zur Einkommensspreizung und Vermögensungleichheit vgl. Grabka/Frick (2008); Frick/Grabka (2009).

¹⁶ Ausführlich zur Konsumstruktur unterschiedlicher Haushaltstypen und Einkommensklassen siehe Kapitel 4; speziell zu Familien mit niedrigem Einkommen vgl. Becker (2008). Zur Herausbildung einer „Zwei-Klassen-Ernährung“ in Deutschland vgl. Bode (2007: 177ff.) und zum Anstieg der „Energiearmut“ im Zuge steigender Energiepreise vgl. ISOE (2009).

¹⁷ Ein privater Haushalt kann sein Einkommen für den Kauf von Gütern und Dienstleistungen ausgeben (Konsum) oder auf Konsum verzichten (Sparen). Die Konsumquote gibt an, welcher Anteil des verfügbaren Einkommens für Konsumaufgaben aufgewendet wird. Die Sparquote gibt an, welcher Anteil des verfügbaren Einkommens gespart wird.

¹⁸ Die Bestimmung haushaltsspezifischer Inflationsraten könnte Aufschluss über die unterschiedliche Betroffenheit der Preisentwicklung geben, allerdings ist die Aussagekraft haushaltsspezifischer Inflationsraten umstritten: Beispielsweise würden geringverdienende Haushalte durch einen Preisanstieg bei Produkten, die sie sich nicht „leisten“ können, vergleichsweise besser gestellt, weil sich dieses Produkt gar nicht in ihrem haushaltsspezifischen Warenkorb befindet; darüber hinaus treten Substitutionseffekte auf: Falls eine Preiserhöhung einzelner Produkte oder Produktgruppen bei bestimmten Haushaltsgruppen oder -typen eine Ausgabenverschiebung – hin zu preiswerteren ähnlichen Gütern oder hin zu preiswerteren anderen Gütern – bewirkt, kann es aufgrund der neuen Ausgabenstruktur trotz der Preissteigerungen in dem einen Bereich insgesamt zu einer niedrigeren Inflationsrate kommen (Brachinger 2008; Tober 2008). Berechnungen auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 zeigen zwar

grund von geringem Einkommen und Vermögen bereits stark beschränkt ist, ist daher im Hinblick auf die Ausgabenhöhe und Ausgabenstruktur eine Anpassung an die veränderte ökonomische Situation erforderlich, sofern eine Verschuldung vermieden werden soll. Die Tatsache, dass die Anzahl der Haushalte, denen wegen Zahlungsver säumnissen der Strom abgestellt wurde, in den letzten Jahren angestiegen ist, illustriert diese Notwendigkeit eindrücklich.¹⁹ Nicht ohne Grund sind die Energiekosten bei den Schuldnerberatungsstellen ein zentrales Thema; häufig sind die Energiekosten sogar der Auslöser für das Aufsuchen der Beratungsstelle (ifeu/ISOE 2006: 24).²⁰ Neben den Geringverdienenden sind zudem die Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen massiv von den Preissteigerungen betroffen, wie beispielhaft am Bereich Energie deutlich wird: Im Rahmen der zum Jahr 2005 in Kraft getretenen geänderten Sozialgesetzgebung werden die Heizkosten bei Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld II (ALG II, auch unter dem Namen *Hartz IV* bekannt) in voller Höhe übernommen, sofern sie angemessen sind.²¹ Die Kosten für Strom (wie auch für Nahrungsmittel) sind anteilig im pauschalierten Regelsatz enthalten. Hieraus resultieren angesichts der Energiepreissteigerungen die folgenden Problemlagen (ifeu/ISOE 2006): Auf der einen Seite besteht für Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld II durch die Übernahme angemessener Heizkosten kein Anreiz für energiesparendes Verhalten im Haushalt, was sich nicht nur negativ auf die Umwelt, sondern auch auf die öffentlichen Haushalte auswirkt, da aus den zum Teil massiven Preissteigerungen für leichtes Heizöl und Gas erhebliche finanzielle Mehrbelastungen für die Leistungsträger, insbesondere die Kommunen, resultieren. Auf der anderen Seite muss der Anstieg der Strompreise aufgrund der pauschalierten Stromkosten im Regelsatz von den Leistungsempfängern aufgefangen werden, indem diese ihren Stromverbrauch reduzieren oder – bei gleichbleibendem Stromverbrauch – an anderer Stelle Ausgaben einsparen. Durch die Abrechnung von Strom- und Heizkosten zum Jahresende fehlt den Verbraucherinnen und Verbrauchern allerdings ein zeitnahe Feed-Back-Mechanismus über den tatsächlichen Energieverbrauch und die damit verbundenen Kosten (ebd.). Infolgedessen wird die finanzielle Situation gerade der ALG II-Empfänger und Geringverdienenden durch mögliche Nachzahlungsforderungen der Energieversorger zum Jahresende und die Erhöhung der künftigen Abschlagszahlungen noch verschärft. Gleichzeitig sind es gerade diese Haushalte, die überdurchschnittlich häufig in schlecht isolierten Wohnungen leben und ungenügend über Einsparpotenziale informiert sind (ISOE 2009); zudem fehlt in diesen Haushalten

keine nennenswert stärkere Belastung der Bezieher niedriger Einkommen, die auf eine unterschiedliche Ausstattung und Gewichtung haushaltsspezifischer Warenkörbe zurück geführt werden könnte. Nichtsdestotrotz besteht eine stärkere Belastung der Haushalte durch hohe Inflationsraten, die allerdings nicht auf die Zusammensetzung der Konsumausgaben, sondern auf Unterschiede in der Höhe der Konsumquote, des Vermögens und der Einkommensentwicklung zurückzuführen ist. Darüber hinaus lassen neuere Daten der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (Statistisches Bundesamt 2008a) – insbesondere aufgrund der Preissteigerungen im Bereich Energie und Nahrungsmittel – für das Jahr 2006 Verschiebungen erkennen, die bei einer entsprechenden Anpassung der Gewichte im Warenkorb in der Tat zu einer stärkeren Belastung für Haushalte mit niedrigen Einkommen führen kann (Tober 2008).

¹⁹ Der Bund der Energieverbraucher schätzt, dass bundesweit jährlich ca. 800.000 Haushalten der Strom und zusätzlich 200.000 Haushalten das Gas gesperrt wird, mit steigender Tendenz. Damit sind 2,1% der Haushalte von Energiesperrungen betroffen (Bund der Energieverbraucher 2008).

²⁰ Zur Überschuldungssituation und zu Verbraucherinsolvenzen vgl. Statistisches Bundesamt (2008b).

²¹ Da den Kommunen hinsichtlich der Höhe der Erstattung der Heizkosten die konkrete Ausführung der Richtlinien obliegt, bestehen unterschiedliche Regelungen hinsichtlich der Leistungshöhe und der Art der Erstattung. In vielen Fällen reichen die festgelegten Höchstsätze jedoch nicht aus, um die aufgrund der starken Preiserhöhungen angestiegenen tatsächlichen Heizkosten abzudecken (ifeu/ISOE 2006).

vielfach das Geld, um energieeffiziente Geräte anzuschaffen.²² Zusammengenommen ist zu erwarten, dass die Preissteigerungen, die zum Teil auch durch den Klimawandel verursacht werden, die bereits bestehenden sozialen Disparitäten noch verschärft.

Insgesamt schränken die Preissteigerungen der letzten Jahre in den drei Bereichen Energie, Mobilität und Ernährung den ökonomischen Handlungsspielraum privater Haushalte deutlich ein, wobei insbesondere Haushalte mit niedrigen Einkommen stark von der Teuerung betroffen sind. Welche Auswirkungen haben diese Entwicklungen auf die Möglichkeiten und Grenzen nachhaltigen Konsums? Auf der einen Seite zeigen empirische Analysen zur Käuferstruktur biologisch und fair gehandelter Waren, dass am oberen Ende der Einkommensskala eine erhöhte Zahlungsbereitschaft für ökologisch und sozial verträgliche Produkte und Dienstleistungen besteht (BMU 2008). Allerdings ist unklar ob diese Zahlungsbereitschaft auch bei steigenden Preisen bestehen bleibt und wie sich der direkte Ressourcenverbrauch dieser Einkommensklasse entwickelt: Kommt es angesichts der Preisentwicklung und der Klimadebatte zu einer Reduzierung des Ressourcenverbrauchs oder wird der Preisanstieg, z.B. durch eine geringere Sparquote, abgefedert und das Konsumniveau beibehalten? Auf der anderen Seite sind die Konsumspielräume am unteren Ende der Einkommensskala stark beschränkt und die Zahlungsbereitschaft für öko-effiziente Produkte ist eher gering (ebd.). Hier geht es den Menschen weniger darum, ob ihre Lebensmittel ökologisch oder konventionell hergestellt wurden, sondern vielmehr darum, ob sie überhaupt etwas zu Essen haben. Im Hinblick auf die konsumbedingten Umweltbelastungen erzeugt der angesichts der Einkommensverhältnisse und Preisentwicklung „erzwungene“ Konsumverzicht am unteren Ende der Einkommensskala quasi eine „unfreiwillige Öko-Avantgarde“, da der Ressourcenverbrauch und die Höhe der Treibhausgasemissionen niedrig verdienender und in Armut lebender Haushalte angesichts des geringen Konsumniveaus vergleichsweise gering sind. Demgegenüber ist das Konsumverhalten der Haushalte am oberen Ende der Einkommensskala – trotz der weitaus höheren Nachfrage von biologisch produzierten und fair gehandelten Produkten – aufgrund des hohen Konsumniveaus mit einem sehr viel höheren Ressourcenverbrauch und höheren CO₂-Emissionen verbunden (Moll et al. 2005). Vor diesem Hintergrund sind die Wirkungen der Klimadiskussion und der Preisentwicklung auf den Ressourcenverbrauch und auf die Herausbildung sowie Etablierung von nachhaltigen Konsumformen insgesamt wie auch im Hinblick auf die unterschiedlichen Haushaltstypen und Einkommensklassen weitgehend offen.

3.4 Zwischenfazit

Die Darstellung der Preisentwicklung in den drei Bereichen Energie, Mobilität und Ernährung hat gezeigt, dass diese drei Bereiche in den vergangenen fünf Jahren sehr viel stärkere Preissteigerungsraten zu verzeichnen hatten als das Preisniveau insgesamt. Da diese Konsumbereiche fast ein Fünftel des gesamten Verbraucherpreisindex ausmachen (19% im Jahr 2005), ist der Anstieg des Verbraucherpreisindex im Wesentlichen auf die Preissteigerungen in diesen Bereichen zurückzuführen. Die zentrale Bedeutung der Preisentwicklung im Bereich der Energie und der Ernährung wird auch daran deutlich, dass der Verbraucherpreisindex im Dezember 2008 ohne die Einberechnung von Energie und saisonabhängigen Nahrungsmitteln

²² Beispielsweise sind in den Hartz-IV-Regelsatzleistungen für die Anschaffung von Kühl- und Gefriergeräten monatlich 1,38 € veranschlagt, d.h. ein Empfänger des Eckregelsatzes müsste zur Anschaffung eines günstigen, energieeffizienten Kühlschranks mehr als 20 Jahre sparen (ifeu/ISOE 2006: 15f.).

einen Prozentpunkt niedriger war als der Verbraucherpreisindex insgesamt; im Juli war die Differenz besonders stark ausgeprägt: Ohne die Berücksichtigung von Energie und saisonabhängigen Nahrungsmitteln lag der Verbraucherpreisindex bei 104,9%, während der Verbraucherpreisindex insgesamt 107,6% betrug (im Vergleich zum Indexjahr 2005 = 100%).²³

Die stark angestiegenen Preise bedeuten für eine Vielzahl der Haushalte eine deutliche Einschränkung der ökonomischen Handlungsspielräume und angesichts der stagnierenden Realeinkommen einen realen Kaufkraftverlust. Mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung ist auf Seiten der Privathaushalte eine Anpassung des Konsumniveaus und/oder der Ausgabenstruktur zu erwarten, um die Ausgaben an die veränderten preislichen Rahmenbedingungen und ökonomischen Handlungsspielräume anzupassen (siehe Kap. 4).²⁴ Vor dem Hintergrund der skizzierten Entwicklungen wird im Rahmen des Teilprojekts zu klimawandelbezogenen Veränderungen des Nachfrageverhaltens und der Konsummuster in dem BMBF-Projekt „Nordwest 2050: Perspektiven für klimaangepasste Innovationsprozesse in der Metropolregion Bremen-Oldenburg“ unter anderem der Frage nachgegangen, inwiefern die Konsumentinnen und Konsumenten die Veränderung der Preise wahrnehmen und wie sie auf die veränderten ökonomischen Bedingungen reagieren. Für eine erste Annäherung an die Beantwortung dieser Fragen und zur Vorbereitung der empirischen Untersuchung erfolgt nun zunächst eine Analyse der Entwicklung der Konsumausgaben der Privathaushalte in Deutschland.

4. Konsumausgaben privater Haushalte

Der vorangegangene Abschnitt hat die zum Teil drastischen Preissteigerungen in den Bereichen Energie, Mobilität und Ernährung thematisiert, welche – zusammen mit der Stagnation des verfügbaren Einkommens der Privathaushalte – eine veränderte ökonomische Situation der Haushalte bedingen. In diesem Kapitel werden die Höhe und die Struktur der privaten Konsumausgaben analysiert, wobei wiederum ein spezieller Fokus auf den Veränderungen des Nachfrageverhaltens und der Konsummuster in den drei Bereichen Energie, Mobilität und Ernährung liegt und haushaltsspezifische Unterschiede Berücksichtigung finden.²⁵

²³ Anders als in den vorangegangenen Darstellungen beinhaltet der Bereich Energie – aufgrund der Verfügbarkeit entsprechender Daten beim Statistischen Bundesamt – in der Abbildung hier neben Strom, Gas und leichtem Heizöl zusätzlich feste Brennstoffe, Zentralheizung, Fernwärme u.a. Der Bereich Ernährung wiederum beschränkt sich ausschließlich auf saisonabhängige Nahrungsmittel.

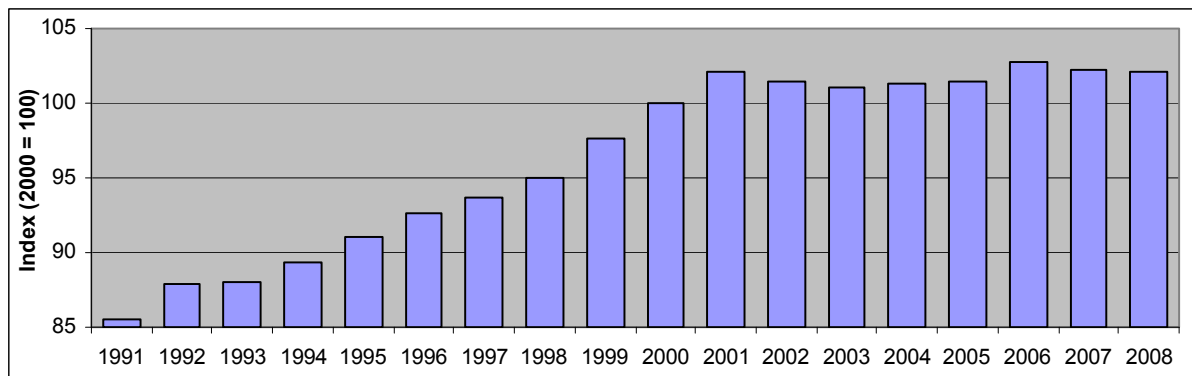
²⁴ Mit einer zeitlichen Verzögerung ist zu rechnen, da gerade im Bereich der Haushaltsenergie kein „Frühwarnmechanismus“ existiert; anders als bei Nahrungsmitteln, Verkehrsdienstleistungen sowie Kraft- und Schmierstoffen, ist bei Strom, Heizöl und Gas die Höhe des Preises wie auch die Höhe des Verbrauchs zum Zeitpunkt des Konsums aufgrund der Praxis der monatlichen Abschlagszahlung und jährlichen Abrechnung nicht unmittelbar präsent und selbst bei gleichbleibendem oder sinkenden Verbrauch kann es aufgrund der Preissteigerungen zu Nachforderungen der Energieanbieter kommen.

²⁵ Im Jahr 2007 gab es in Deutschland 39,7 Millionen Haushalte mit rund 82,4 Millionen Haushaltsmitgliedern. Die Zahl der Privathaushalte ist seit 1991 stärker gestiegen als die Zahl der Haushaltsmitglieder (+13% versus +3%), d.h. die durchschnittliche Haushaltsgröße ging zurück: 1991 lebten durchschnittlich 2,27 Personen in einem Haushalt, 2007 waren es 2,07 Personen. Im Jahr 2007 waren Ein-Personen-Haushalte insgesamt der häufigste Haushaltstyp (39%). Die Haushaltsstruktur ist im Hinblick auf die Umweltbelastungen durch die Aktivitäten privater Haushalte unmittelbar relevant, da die Inanspruchnahme von Umweltressourcen je Haushaltsmitglied in kleineren Haushalten in der Regel deutlich höher ausfällt als in größeren Haushalten (so genannte „Skaleneffekte“): Kleinere Haushalte weisen je Haushaltsmitglied höhere Konsumausgaben, größere Wohnflächen, einen höheren Energieverbrauch und höhere Kohlendioxidemissionen auf. Durch den Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgröße

4.1 Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt

In absoluten Werten sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte zwischen 1991 und 2008 von 859 Mrd. € auf 1.367 Mrd. €, d.h. um ca. 60%, angestiegen.²⁶ Unter Berücksichtigung der Preisentwicklung ist der private Konsum der Privathaushalte in diesem Zeitraum um rund 17% angestiegen, wobei die Entwicklung nicht konstant war: Während die Konsumausgaben zwischen 1991 und 2001 einen kontinuierlichen Anstieg zu verzeichnen hatten, gingen sie in den Jahren 2002/03 leicht zurück. Nach einem erneuten Anstieg der Konsumausgaben in den Jahren 2004/05 wurde im Jahr 2006 ein neues Maximum erreicht. Im Jahr 2007 gingen die Konsumausgaben allerdings wiederum leicht zurück und stagnierten im Folgejahr (Abbildung 6). Im Hinblick auf die Umweltrelevanz der Konsumausgaben ist aber nicht nur das Konsumniveau, sondern auch dessen Struktur relevant, da die unterschiedlichen Konsumbereiche unterschiedlich ressourcenintensiv sind, z.B. zählen die Konsumbereiche Bauen/Wohnen, Mobilität und Ernährung zu den besonders ressourcenintensiven Bereichen (Moll et al. 2005; Mortensen 2006). Abbildung 7 gibt die Verteilung der privaten Konsumausgaben auf zwölf unterschiedliche Kategorien wider. Aus der Abbildung geht hervor, dass im Jahr 2007 ein Fünftel der Konsumausgaben auf Verwendungszwecke entfallen, die im Zusammenhang mit den drei Bereichen Energie, Mobilität und Ernährung stehen. Weitere große Ausgabenblöcke sind das Wohnen (19%) sowie Freizeit und Bildungswesen (13%). Diese aggregierten Angaben lassen zwar Aussagen über das Konsumniveau insgesamt und die Struktur des durchschnittlichen Haushaltskonsum zu, allerdings kann ein Blick auf haushaltsspezifische Konsumausgaben zudem Aufschluss über die Unterschiede in der Höhe und der Zusammensetzung des Konsums unterschiedlicher Haushaltstypen und Einkommensklassen geben (Kap. 4.2).

Abbildung 6: Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland, 1991-2008



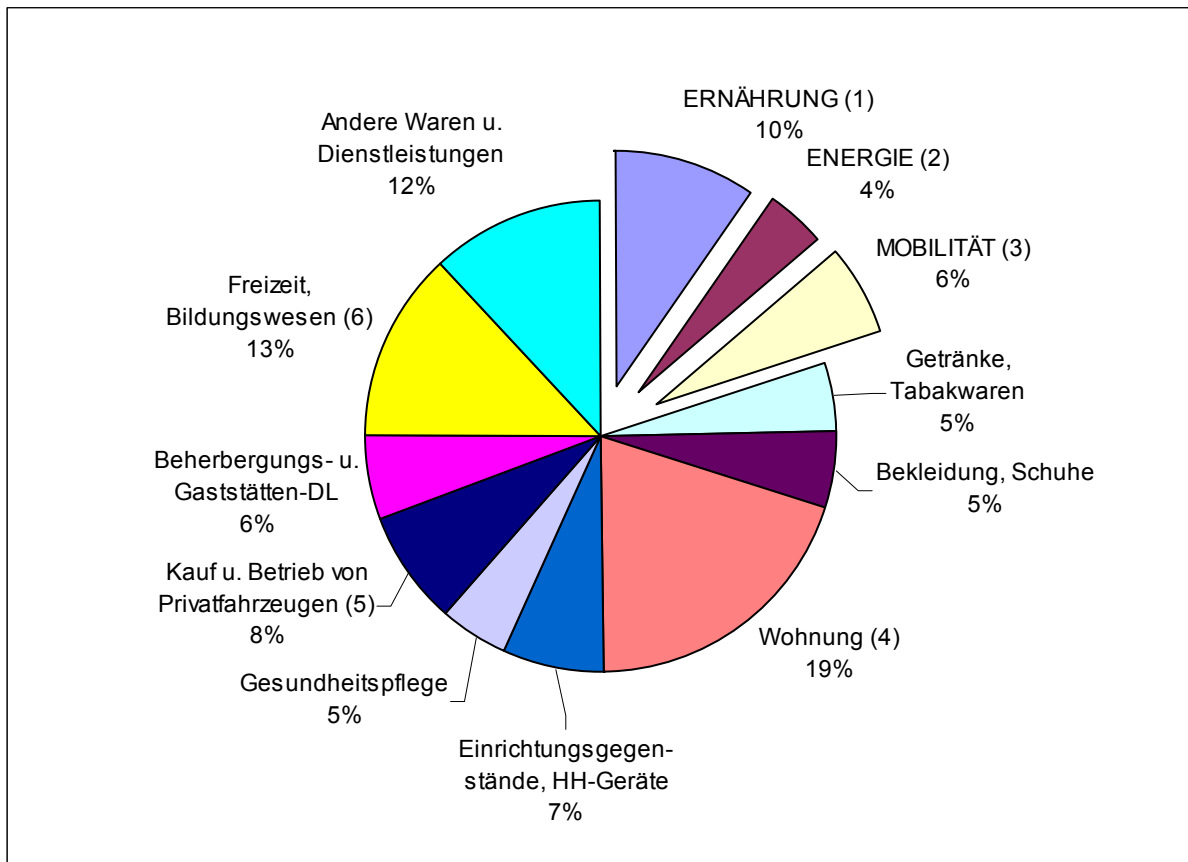
Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Statistischen Bundesamtes (2009); Anm.: preisbereinigt.

sind daher in der Tendenz umweltbelastende Einflüsse zu erwarten, die durch die Zunahme der Haushalte und der Haushaltsmitglieder insgesamt noch verstärkt werden (Umweltbundesamt 2009b).

²⁶

Die vom Statistischen Bundesamt aktuell veröffentlichten Werte für das Jahr 2008 sind vorläufig.

Abbildung 7: Zusammensetzung der Konsumausgaben der privaten Haushalte, 2007



Anm.: eigene Darstellung basierend auf Daten des Statistischen Bundesamtes (2009); Anm.: (1) Nahrungsmittel, ohne Getränke; (2) Strom, Gas, Heizöl; (3) Kraft- und Schmierstoffe für Privatfahrzeuge, Verkehrsdienstleistungen; (4) einschl. Wasser, feste Brennstoffe, Fernwärme u.a.; (5) Kauf von KFZ, Motorrädern, Fahrrädern, sowie Waren u. Dienstleistungen für den Betrieb von Privatfahrzeugen (ohne Kraft- und Schmierstoffe); (6) einschl. Nachrichtenübermittlung, Unterhaltung, Kultur.

4.2 Ausgabenstruktur nach Haushaltstypen und Einkommensklassen

Tabelle 1 gibt die durchschnittlichen privaten Konsumausgaben unterschiedlicher Haushaltstypen sowie unterschiedlicher Einkommensgruppen für das Jahr 2003 wieder, d.h. die Angaben beziehen sich auf die Konsumstruktur zu Beginn der in Kap. 3 dargelegten Phase der Preissteigerungen.²⁷ Die Betrachtung der unterschiedlichen Haushaltstypen zeigt zunächst grundsätzlich, dass das Konsumniveau stark variiert (Tabelle 1): Die höchsten monatlichen Konsumausgaben wurden im Jahr 2003 von Haushalten bestehend aus Paaren mit Kindern getätigt, gefolgt von Paaren ohne Kind, während die Konsumausgaben der Haushalte von allein Erziehenden deutlich unterhalb des Durchschnitts lagen. Erhebliche Unterschiede im Konsumniveau resultieren zudem aus der unterschiedlichen Einkommenshöhe der Haushalte: Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 900 € wendeten im Jahr 2003 durchschnittlich 807 € im Monat für den privaten Konsum auf. Mehr als fünfmal so viel gab die Einkommensgruppe mit einem Haushaltsnettoeinkommen zwischen 5.000 € und 18.000 € aus (4.117 €). Demgegenüber sind die Unterschiede in der Konsumstruktur – sowohl im Hin-

²⁷ Die Ergebnisse der jüngsten Erhebungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für das Jahr 2008 werden im Verlauf des Jahres 2009 vom Statistischen Bundesamt publiziert.

blick auf die Haushaltsstruktur als auch hinsichtlich des Haushaltstyps – nicht so stark ausgeprägt. Auffällig ist allerdings, dass der Anteil der Ausgaben für die drei Konsumbereiche Energie, Mobilität und Ernährung an den Konsumausgaben insgesamt mit steigendem Einkommen abnimmt (siehe Abbildung 8): Während Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 900 € fast ein Drittel ihrer Ausgaben für diese drei Bereiche aufwenden, beträgt der Anteil bei Haushalten mit einem Einkommen zwischen 5.000 und 18.000 € nur ein Fünftel.²⁸ Auch bei den Haushaltstypen bestehen deutliche Unterschiede bei dem Anteil, den diese drei Bereiche ausmachen: Während die Ausgaben für die Bereiche Energie, Mobilität und Ernährung bei allein lebenden Frauen mit durchschnittlich 23% am niedrigsten ist, liegt der Anteil der Ausgaben für diese Bereiche bei allein Erziehenden mit 27% vier Prozentpunkte höher (Abbildung 9). Aufgeschlüsselt nach den einzelnen Bereichen wird deutlich, dass der Anteil der Konsumausgaben sowohl für den Bereich Energie als auch für den Bereich Ernährung mit steigendem Einkommen kontinuierlich und deutlich abnimmt (Tabelle 1). Demgegenüber nimmt der Anteil der Konsumausgaben für den Bereich Mobilität mit steigendem Einkommen leicht zu, allerdings ist er ab der Einkommensgrenze von 3.600 € wieder leicht rückläufig. Bei den Haushaltstypen zeigt sich, dass der Anteil der Konsumausgaben sowohl im Bereich Energie als auch im Bereich Ernährung bei allein Erziehenden mit Kindern am höchsten ausfällt (6,7% bzw. 15,8%), während der Höchstwert im Bereich der Mobilität bei allein lebenden Männern anfällt (5,8%). Die niedrigsten Anteile an den Konsumausgaben fallen für Energie bei Paaren mit drei Kindern (5,0%) und für Mobilität sowie Ernährung bei allein lebenden Frauen (4,3% bzw. 12,3%) an. Inwiefern sich die Konsumausgaben nach Haushaltstypen und Einkommensklassen zwischen 2003 und 2008 infolge der Preisentwicklung verändert haben, kann beurteilt werden, wenn die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für das Jahr 2008 veröffentlicht werden (voraussichtlich im Herbst 2009).

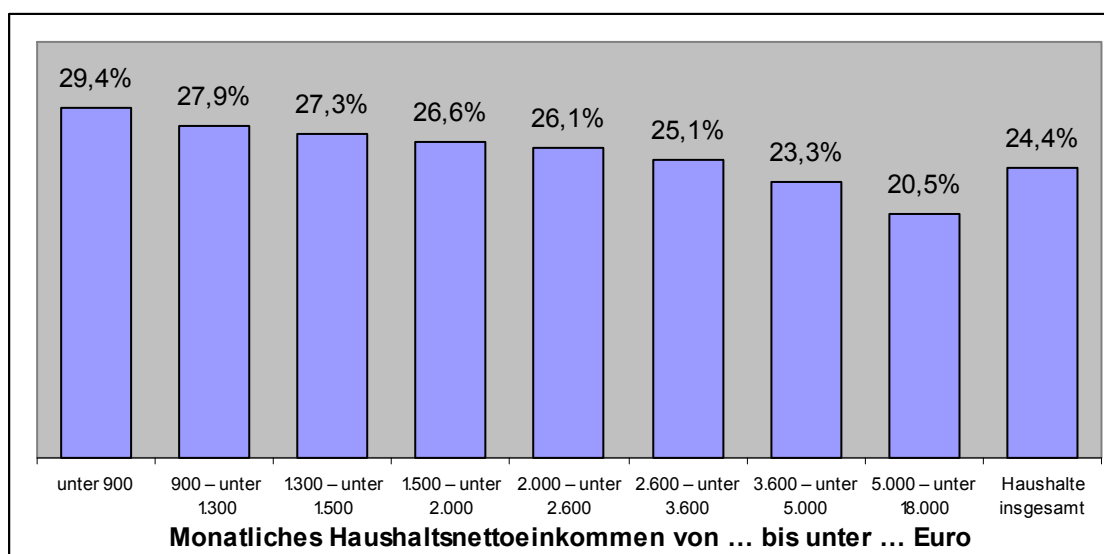
²⁸ Zum Anteil der Konsumausgaben zur Befriedigung von Grundbedürfnissen, der ebenfalls mit steigendem Einkommen abnimmt, vgl. auch Statistisches Bundesamt et al. (2008: 151f.).

Tabelle 1: Aufwendungen privater Haushalte für Privaten Konsum nach Haushaltsnettoeinkommen und Haushaltstypen, 2003

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR	Private Konsumausgaben									
	insgesamt		für ENERGIE ¹		für MOBILITÄT ²		für ERNÄHRUNG ³		für ENERGIE, ¹ MOBILITÄT, ² ERNÄHRUNG ³	
	in €	in %	in €	in %	in €	in %	in €	in %	in €	in %
unter 900	807	100,0	63	7,8	34	4,2	140	17,3	237	29,4
900 – unter 1.300	1.099	100,0	78	7,1	50	4,5	179	16,3	307	27,9
1.300 – unter 1.500	1.334	100,0	90	6,7	65	4,9	209	15,7	364	27,3
1.500 – unter 2.000	1.580	100,0	97	6,1	80	5,1	243	15,4	420	26,6
2.000 – unter 2.600	1.983	100,0	115	5,8	102	5,1	300	15,1	517	26,1
2.600 – unter 3.600	2.473	100,0	135	5,5	129	5,2	357	14,4	621	25,1
3.600 – unter 5.000	3.061	100,0	153	5,0	155	5,1	404	13,2	712	23,3
5.000 – unter 18.000	4.117	100,0	186	4,5	196	4,8	463	11,2	845	20,5
Haushalte insgesamt	2.177	100,0	120	5,5	109	5,0	303	13,9	532	24,4
Haushaltstyp	Private Konsumausgaben									
	insgesamt		für ENERGIE ¹		für MOBILITÄT ²		für ERNÄHRUNG ³		für ENERGIE, ¹ MOBILITÄT, ² ERNÄHRUNG ³	
	in €	in %	in €	in %	in €	in %	in €	in %	in €	in %
Allein lebende Frau	1.314	100,0	84	6,4	56	4,3	162	12,3	302	23,0
Allein lebender Mann	1.408	100,0	79	5,6	82	5,8	174	12,4	335	23,8
Allein Erziehende mit Kind(ern)⁴	1.670	100,0	112	6,7	79	4,7	264	15,8	455	27,2
Paare insgesamt	2.631	100,0	138	5,2	128	4,9	374	14,2	640	24,3
Paare ohne Kind⁴	2.502	100,0	132	5,3	119	4,8	336	13,4	587	23,5
Paare mit Kind(ern)⁴	2.854	100,0	147	5,2	146	5,1	439	15,4	732	25,6
Paare mit 1 Kind⁴	2.592	100,0	134	5,2	140	5,4	390	15,0	664	25,6
Paare mit 2 Kindern⁴	2.953	100,0	153	5,2	147	5,0	454	15,4	754	25,5
Paare mit 3 Kindern⁴	3.227	100,0	162	5,0	155	4,8	507	15,7	824	25,5
Sonstige Haushalte	3.035	100,0	164	5,4	165	5,4	449	14,8	778	25,6
Haushalte insgesamt	2.177	100,0	120	5,5	109	5,0	303	13,9	532	24,4

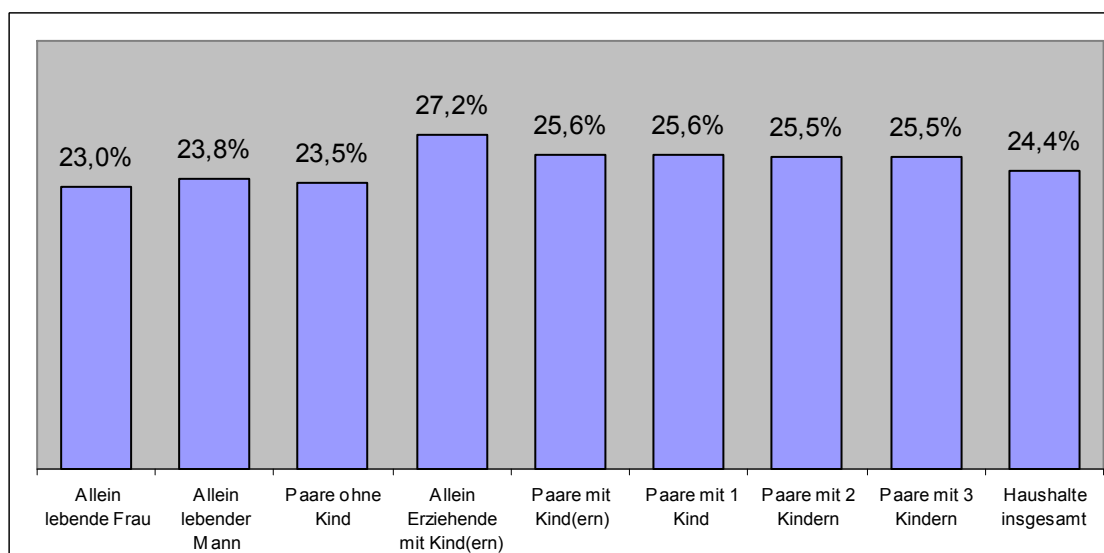
Quelle: Eigene Darstellung u. Berechnung lt. Einkommens- u. Verbrauchsstichprobe 2003 (Statistisches Bundesamt 2005); Anm.: ¹ = Strom, Gas, Heizöl u.a. Brennstoffe; ² = Kraft-/Schmierstoffe sowie Verkehrsdienstl.; ³ = Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren; ⁴ = Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren.

Abbildung 8: Anteil der Ausgaben privater Haushalte für die Bereiche Energie, Mobilität und Ernährung nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen, 2003



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 (Statistisches Bundesamt 2005). Anm.: Energie = Strom, Gas, Heizöl u.a. Brennstoffe; Mobilität = Kraft-/Schmierstoffe sowie Verkehrsdienstleistungen; Ernährung = Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren.

Abbildung 9: Anteil der Ausgaben privater Haushalte für die Bereiche Energie, Mobilität und Ernährung nach Haushaltstyp, 2003



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 (Statistisches Bundesamt 2005). Anm.: Energie = Strom, Gas, Heizöl u.a. Brennstoffe; Mobilität = Kraft-/Schmierstoffe sowie Verkehrsdienstleistungen; Ernährung = Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren; Kind(er) = Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren.

4.3 Zwischenfazit

Während das Konsumniveau der privaten Haushalte in den 1990er Jahren stark angestiegen ist, stagniert es seit Beginn der 2000er Jahre auf diesem Niveau. Fast ein Fünftel der Konsumausgaben wurde im Jahr 2007 für die Bereiche Energie, Mobilität und Ernährung aufgewandt. Allerdings zeigt der Vergleich ausgewählter Haushaltstypen und Einkommensklassen deutliche Unterschiede sowohl im Niveau als auch in der Struktur der privaten Konsumausgaben: In absoluten Werten unterscheiden sich die Konsumhöhe insgesamt und die Ausgaben für die einzelnen Bereiche – je nach Haushaltstyp und Einkommensniveau – zum Teil um ein Vielfaches. Aber auch der Anteil der Konsumausgaben, der für die drei Bereiche Energie, Mobilität und Ernährung aufgewendet wird, ist je nach Haushaltstyp und Einkommensklasse unterschiedlich hoch. Angesichts dessen kann nicht von *dem* Haushalt die Rede sein, stattdessen ist vielmehr eine haushaltsspezifische Betrachtung erforderlich, wenn die Auswirkungen der Klimadiskussion und der Preisentwicklung in diesen Bereichen analysiert werden soll. Wie bereits in Kapitel 3 angedeutet wurde, sind die Haushalte – je nach Typ und Einkommensklasse – zudem unterschiedlich stark von den Preissteigerungen in den genannten Bereichen betroffen. Vor dem Hintergrund stellt sich die Frage, ob und inwiefern die Konsumentinnen und Konsumenten die Veränderung der Preise wahrnehmen und wie sie auf die veränderten ökonomischen Bedingungen reagieren (Kap. 5).

5. Klimawandelbezogene Veränderungen des Konsums?

Die Ausführungen haben aufgezeigt, dass die Intensivierung der wissenschaftlichen, politischen und öffentlichen Debatte über den Klimawandel und die globale Erwärmung zu einem Anstieg des Umweltbewusstseins im Allgemeinen, wie auch zu einem stärkeren Bewusstsein über die ökologischen Auswirkungen des privaten Konsums im Besonderen geführt hat. Infolgedessen äußern weite Teile der Bevölkerung die Absicht, ihr Konsumverhalten umweltfreundlich auszurichten. Zugleich sind die privaten Haushalte mit einem Anstieg der Preise in den Konsumbereichen Energie, Mobilität und Ernährung konfrontiert, der wiederum den ökonomischen Handlungsspielraum der Privathaushalte verengt. Allerdings variiert die Verwundbarkeit der Haushalte hinsichtlich der Preisveränderungen stark, insbesondere in Abhängigkeit von der Haushaltsstruktur und der Einkommenssituation.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob und inwiefern diese parallelen Entwicklungen – die steigende Akzeptanz umweltfreundlicher Konsummuster und der massive Anstieg der Preise für Waren und Dienstleistungen – tatsächlich das Konsumverhalten der Privathaushalte beeinflusst. Bislang bestehen sowohl hinsichtlich der Auswirkungen dieser beiden Entwicklungen auf (nachhaltigen) Konsum, wie auch im Hinblick auf die Strategien der Haushalte, um den Veränderungen und Herausforderungen im Kontext von Klimawandel und sinkenden ökonomischen Handlungsspielräumen zu begegnen, mehr Fragen als Antworten. Zusammen genommen wurde deutlich, dass zu den zu erwartenden Auswirkungen der Intensivierung der Debatte über den Klimawandel wie auch der Preisveränderungen auf das Alltagsverhalten der Konsumentinnen und Konsumenten erheblicher Forschungsbedarf besteht.

An dieser Stelle setzt die eingangs erwähnte Erhebung zu klimawandelbezogenen Veränderungen des Nachfrageverhaltens und der Konsummuster an: Unter Bezugnahme auf die dargestellten Untersuchungsergebnisse interessiert das Wechselspiel von klimawandelbezogenen Einstellungen, Verhaltensbereitschaften und dem tatsächlichen Alltagsverhalten gerade auch

im Hinblick auf die veränderten ökonomischen Handlungsspielräume. Ziel ist es festzustellen, wie unterschiedliche KonsumentInnengruppen diese Entwicklungen wahrnehmen, wie sie mit den Veränderungen umgehen und inwiefern ihre täglichen Konsumroutinen von der Intensivierung der Klimawandeldebatte und den Veränderungen im Preisgefüge beeinflusst werden. Darüber hinaus zielt die Untersuchung darauf ab, Schlussfolgerungen hinsichtlich der Ziele eines nachhaltigen Konsums zu ziehen, z.B. inwiefern sich diese beiden Entwicklungen auf die Nachfrage nach regionalen und klimagünstigen Alternativen oder auf den direkten Ressourcenverbrauch auswirken.

Im Zentrum der Untersuchung stehen die folgenden Fragen:

- Welche Auswirkungen haben die durch den Anstieg der Preise verursachten Veränderungen der ökonomischen Bedingungen der privaten Haushalte auf der einen und die Intensivierung der Debatte um den Klimawandel auf der anderen Seite auf das Nachfrageverhalten und die Konsummuster der privaten Haushalte (speziell in den drei Bereichen Energie, Mobilität und Ernährung)?
- Wie sind diese beiden Entwicklungen im Hinblick auf die Ziele des nachhaltigen Konsums (anders konsumieren *und* weniger konsumieren) zu bewerten?

Die qualitative Untersuchung erfolgt mittels leitfadengestützter Einzelinterviews und Fokusgruppen, um die konkreten Entscheidungsfaktoren für oder gegen ein bestimmtes umweltwirksames Handeln im Alltag möglichst in ihrer Gesamtheit zu erfassen und zu verstehen. Dies geschieht unter besonderer Berücksichtigung der Konsumbereiche Energie, Mobilität und Ernährung. Die Fokusgruppen und Einzelinterviews werden mit Personen durchgeführt, die in unterschiedlicher Weise von den skizzierten Entwicklungen besonders betroffen sind: Im Fokus stehen einerseits Alleinerziehende, da diese einem besonders hohen Armutsrisiko ausgesetzt sind und von daher stark von den steigenden Preisen betroffen sind (SfAGJS 2009). Zum anderen konzentriert sich die Untersuchung auf Personen, die Mitglied in einer Umweltorganisation (BUND) sind und bei denen davon ausgegangen wird, dass sie besonders stark an Fragen des Klimawandels und des klimagünstigen Konsums interessiert sind. Die explorative Studie hat zum Ziel, ein besseres Verständnis über die Handlungsstrategien unterschiedlicher KonsumentInnengruppen im Kontext der Klimawandeldebatte und der Preisveränderungen in zentralen Konsumbereichen zu generieren und daraus Schlussfolgerungen über die Bedingungsfaktoren von (nachhaltigem) Konsum abzuleiten. Sie dient als Basis für die Bestimmung der Folgen, die sich aus den Veränderungen auf der Nachfrageseite für die (regionalen) Angebotsstrukturen allgemein wie auch speziell für nachhaltige Produktalternativen und Dienstleistungen ergeben.

Literaturverzeichnis

- bdew (2008). "Beheizungsstruktur in Deutschland: Fast jede zweite Wohnung wird mit Erdgas warm." *bdew-Pressemitteilung vom 14. Oktober 2008*, <http://www.bdew.de/> (9. Januar 2009).
- Becker, Irene (2008). "Was kaufen Familien mit niedrigem Einkommen?" *neue caritas* 1/2008: 22-32.
- BLE (2008a). Bio-Siegel Report 01/2008. Bonn, Geschäftsstelle Bundesprogramm Ökologischer Landbau in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE).
- BLE (2008b). Ökobarometer 2008. Bonn, Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.
- BLE (2009). Bio-Siegel Report 01/2009. Bonn, Geschäftsstelle Bundesprogramm Ökologischer Landbau in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE).
- BMU (2004). Umweltbewusstsein in Deutschland 2004. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.
- BMU (2006). Umweltbewusstsein in Deutschland 2006. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.
- BMU (2008). Umweltbewusstsein in Deutschland 2008. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.
- Bode, Thilo (2007). *Abgespeist*. Frankfurt/M., Fischer.
- Bogun, Roland (2000). Was heißt „Umweltbewußtsein“? Gemeinsamkeiten und Differenzen im Verständnis eines umstrittenen Forschungsgegenstands. artec-paper Nr. 78. Bremen, Forschungszentrum Nachhaltigkeit (artec).
- Brachinger, Hans Wolfgang (2008). "Wie stark sind die unterschiedlichen Haushaltsgruppen von der Inflation betroffen?" *Wirtschaftsdienst* 2008(6): 358-363.
- Bund der Energieverbraucher (2008). "Mehr Stromsperrungen." *Mitteilung vom 11. Januar 2008*, <http://www.energieverbraucher.de/> (19. Januar 2009).
- Bundesregierung (2008). Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Für ein nachhaltiges Deutschland. Berlin, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.
- Busse, Tanja (2008). *Die Einkaufsrevolution. Konsumenten entdecken ihre Macht*. München, Heyne.
- Dialego (2007). Klimawandel. Eine Befragung der Dialego AG. Aachen, Dialego AG.
- Diekmann, Andreas; Preisendörfer, Peter (2001). *Umweltsoziologie. Eine Einführung*. Reinbek, Rowohlt.
- Europäische Kommission (2007). Eurobarometer 68. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Standard-Eurobarometer 68 / Herbst 2007 - TNS Opinion & Social. Brüssel, Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2008a). Einstellungen der europäischen Bürger zum Klimawandel. Spezial Eurobarometer 300 / Welle 69.2 - TNS opinion & social. Brüssel, Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2008b). Einstellungen der europäischen Bürger zur Umwelt. Spezial Eurobarometer 295 / Wave 68.2 - European Opinion Research Group EEG. Brüssel, Europäische Kommission.
- European Commission (2005). The attitudes of European citizens towards the environment. Special Eurobarometer 217 / Wave 62.1 - TNS Opinion & Social. Brussels, European Commission.
- Frick, Joachim R.; Grabka, Markus M. (2009). Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. DIW-Wochenbericht Nr. 4/2009: 54-67. Berlin, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- GfK (2007). Klimawandel belebt Binnennachfrage. Ergebnisse der GfK-Studie „Einfluss des Klimawandels auf den Konsum“. Nürnberg, Gesellschaft für Konsumforschung.
- Grabka, Markus M.; Frick, Joachim R. (2008). Schrumpfende Mittelschicht - Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? DIW-Wochenbericht Nr. 10/2008: 101-108. Berlin, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Grißhammer, Rainer (2008). *Der Klima-Knigge. Energie sparen, Kosten senken, Klima schützen*. Berlin, Aufbau-Verlag.

- Hunecke, Marcel (2008). Möglichkeiten und Chancen der Veränderung von Einstellungen und Verhaltensmustern in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung. In: Hellmuth Lange (Hrsg.) *Nachhaltigkeit als radikaler Wandel*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften: 95-122.
- ifeu; ISOE (2006). Energiekostenanstieg, soziale Folgen und Klimaschutz. Heidelberg und Frankfurt/M., Institut für sozialökologische Forschung (ISOE) und ifeu - Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg.
- IPCC (2007). *Climate Change 2007: The Physical Science Basis. Summary for Policymakers*. Paris, Intergovernmental Panel on Climate Change.
- ISOE (2009). "Im Zuge steigender Energiepreise wächst die 'Energiearmut'." *ISOE-Pressemitteilung vom 19. Januar 2009*, <http://www.isoe.de/> (19. Januar 2009).
- Karrass, Anne; Moser, Michaela; Uhl, Susanne; Wehlau, Diana (2008). Armut und soziale Ungleichheit in der Europäischen Union. In: Miren Etxezarreta; Trevor Evans; Jörg Huffscheid et al. (Hrsg.) *EuroMemo 2007*. Hamburg, VSA: 80-104.
- Kemfert, Claudia (2007). "Ökonomische Folgen des Klimawandels." *Aus Politik und Zeitgeschichte* 47/2007: 14-19.
- Kuckartz, Udo (2008). "Umweltbewusstsein und Umweltverhalten." *Informationen zur politischen Bildung* Heft 287: 4-9.
- Kuckartz, Udo; Rheingans-Heintze, Anke (1997). *Trends im Umweltbewusstsein. Umweltgerechtigkeit, Lebensqualität und persönliches Engagement*. Wiesbaden, VS Verlag.
- Lange, Hellmuth (2000). Eine Zwischenbilanz der Umweltbewußtseinsforschung. In: Hellmuth Lange (Hrsg.) *Ökologisches Handeln als sozialer Konflikt. Umwelt im Alltag*. Opladen, Leske & Budrich: 13-34.
- Lange, Hellmuth (2005). *Lebensstile. Der sanfte Weg zu mehr Nachhaltigkeit*. artec-paper Nr. 122. Bremen, Forschungszentrum Nachhaltigkeit (artec).
- Moll, Henri C.; Noorman, Klaas J.; Kok, Rixt; Engström, Rebecka; Throne-Holst, Harald; Clark, Charlotte (2005). "Pursuing More Sustainable Consumption by Analyzing Household Metabolism in European Countries and Cities." *Journal of Industrial Ecology* 9(1-2): 259-275.
- Mortensen, Lars Fogh (2006). "Sustainable household consumption in Europe?" *Consumer Policy Review* 16(4): 141-147.
- Neugebauer, Birgit (2004). Die Erfassung von Umweltbewusstsein und Umweltverhalten. ZUMA-Methodenbericht Nr. 2004/07. Mannheim, Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA).
- Preisendörfer, Peter (1998). Themenfelder von Befragungsstudien zu Umwelteinstellungen und zum Umweltverhalten in der Bevölkerung. In: J. Schupp; G. Wagner (Hrsg.) *Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung*. Berlin, Duncker & Humblot: 27-43.
- Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (1978). *Umweltgutachten 1978*. Deutscher Bundestag.
- SfAFGJS (2009). *Lebenslagen in Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht für das Land Bremen 2009 (Entwurf)*. Bremen, Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (Abteilung Soziales, Stand März 2009), Freie Hansestadt Bremen.
- Spangenberg, Joachim (2008). "Vor uns die Sintflut? Nachhaltiger Konsum in Zeiten der Klimakatastrophe." *Vortrag bei der vzbv Tagung "Nachhaltiger Konsum und Klimaschutz", Mainz, 4. September 2008.*, <http://www.seri.at/> (19. Januar 2009).
- Statistisches Bundesamt (2005). *Aufwendungen für den Privaten Konsum - Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen, Heft 5*. Wiesbaden, Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (2008a). *Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte - Laufende Wirtschaftsrechnungen 2006. Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen, Reihe 1*. Wiesbaden, Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (2008b). *Überschuldung privater Haushalte und Verbraucherinsolvenzen*. Wiesbaden, Statistisches Bundesamt.

- Statistisches Bundesamt; Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Eds. (2008). *Datenreport 2008 - Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung.
- Statistisches Bundesamt Deutschland (2009). "GENESIS-Online Datenbank." *Homepage des Statistischen Bundesamtes.*, <http://www.destatis.de/> (12. Januar 2009).
- Staud, Toralf; Reimer, Nick (2007). *Wir Klimaretter. So ist die Wende noch zu schaffen*. Köln, Kiepenheuer & Witsch.
- Stehr, Nico (2007). *Moralisierung der Märkte*. Frankfurt/M., Suhrkamp.
- Stengel, Oliver (2009). Ökologisches Bewusstsein und Handeln. Themenheft Klimawandel. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung.
- Tober, Silke (2008). Belastet die Inflation verschiedene Haushaltstypen in Deutschland unterschiedlich stark? IMK Working Paper 17/2008. Düsseldorf, Hans Böckler Stiftung.
- Trendbüro (2007). OTTO-Trendstudie: Konsum-Ethik 2007 (durchgeführt von Trendbüro unter Leitung von Prof. P. Wippermann im Auftrag von OTTO). Hamburg, Trendbüro GmbH.
- Umweltbundesamt (2009a). "Der CO2-Rechner." *Homepage des Umweltbundesamtes*, <http://uba.klima-aktiv.de/> (4. Mai 2009).
- Umweltbundesamt (2009b). "Private Haushalte und Umweltschutz." *Umweltdaten Deutschland Online.*, <http://www.umweltbundesamt-umwelt-deutschland.de/> (9. Januar 2009).
- Wehlau, Diana (2006). Auf dem Weg in die Armut? Soziale Entwicklungen in der EU und sozialpolitische Handlungsmöglichkeiten. In: Miren Etxezarreta; John Grahl; Jörg Huffs Schmid; Jacques Mazier, et al (Hrsg.) *EuroMemo 2005*. Hamburg, VSA: 56-72.